

**Geschlechteraspekte des Green New Deal –
eine Analyse der Strategiepapiere
der Grünen/EFA Green-New-Deal-Arbeitsgruppe**

Mara Kuhl

**Studie im Auftrag der Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz
auf Initiative von Elisabeth Schroedter**

**In Zusammenarbeit mit
Prof. Dr. Friederike Maier, Harriet Taylor Mill-Institut
Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin**

Die Studie bezieht sich auf folgende Strategiepapiere der Grünen/EFA Green-New-Deal-Arbeitsgruppe:

1. Why we need a Green New Deal. A discussion paper of the Greens/EFA Green New Deal Working Group, May 2010, verfügbar unter:
<http://greennewdeal.eu/why-we-need-a-gnd.html>.
2. The industrial dimension of the Green New Deal, verfügbar unter:
<http://greennewdeal.eu/industry/publications/2011/en/the-industrial-dimension-of-the-green-new-deal.html>.
3. The employment dimension of the Green New Deal, verfügbar unter:
<http://greennewdeal.eu/jobs-and-society/publications/2011/en/the-employment-dimension-of-the-green-new-deal.html>.
4. The macro-economic and financial framework of the Green New Deal (13th EGP Council, Tallinn, 8-10 Oct. 2010 – Adopted Policy Paper), verfügbar unter:
<http://greennewdeal.eu/index.php?id=390&L=0>.

Dr. Mara Kuhl
Beratung für Verwaltung und Politik
info@dr-mara-kuhl.de
www.dr-mara-kuhl.de

Berlin, Mai 2012

Inhalt

A. Zur Geschlechtergerechtigkeit in den Leitideen des Green New Deal.....	4
Drei zentrale Aspekte für Geschlechtergerechtigkeit.....	6
Empfehlungen.....	10
B. Zur beschäftigungspolitischen Dimension des Green New Deal.....	12
Beschäftigungsaussichten von Männern und Frauen.....	12
Grüne Jobs = gute Jobs?.....	14
Empfehlungen.....	15
Literaturauswahl.....	18
C. Zur Mobilitätsdimension des Green New Deal.....	19
Gender-Aspekte von Mobilität.....	19
Ein vollständiges Bild von Mobilität.....	20
Empfehlungen.....	21
Literaturauswahl.....	23
D. Zur ökonomischen Dimension des Green New Deal.....	25
Missing Links in der Volkswirtschaft.....	25
Aussagekräftige Indikatoren für interdependente Beziehungen.....	26
Gender Budgeting für transparente öffentliche Haushalte.....	28
Demokratische und geschlechtergerechte Leitbilder.....	29
Empfehlungen.....	32
Literaturauswahl.....	34
E. Zur industriepolitischen Dimension des Green New Deal.....	35
Traditionelle Konzepte als Ursache für blinde Flecken.....	35
Empfehlungen.....	39
Literaturauswahl.....	41

A. Zur Geschlechtergerechtigkeit in den Leitideen des Green New Deal¹

Den Grünen ist es gelungen, ökologisches Problembewusstsein als festen Bestandteil aller Politikfelder zu etablieren und zu zeigen, dass es erforderlich und nützlich ist, Arbeit, Leben, Produktion und Konsum nach umweltverträglichen Kriterien zu gestalten. Jetzt, da die grüne Bewegung und ihre Parteien so weit gekommen sind, ist es an der Zeit, die anderen Teile ihrer Werteorientierung und hier in erster Linie die Geschlechtergerechtigkeit als relevantes Thema in alle politischen Bereiche zu integrieren und ihre Bedeutung auch bei Themen wie der Nord-Süd-Gerechtigkeit und der sozialen Marktwirtschaft aufzuzeigen. Zur Förderung der Idee eines geschlechtergerechten Green New Deal bietet sich die Farbmethapher für die Grünen an: mit dem Green New Deal werden alle Parteien, Institutionen und Lobbygruppen umweltfreundlicher. ‚Grün‘ zu sein in einem rein ökologischen Sinne, gehört inzwischen überall zum guten Ton. Deshalb stellt sich jetzt für die Grünen die Notwendigkeit die Bandbreite ihrer grünen Politik zu betonen, um bei so viel Grün überhaupt noch erkennbar zu bleiben. Es ist also jetzt geboten, den Facettenreichtum ihrer ursprünglichen politischen Wertvorstellungen wieder in den Vordergrund rücken. Geschlechtergerechtigkeit hat als zentrale Forderung immer zu den „grünen Werten“ gehört.

Nach Geschlecht organisierte gesellschaftliche Strukturen, direkte und indirekte Diskriminierungen sowie der herrschende explizite und implizite Androzentrismus führen zu einer Benachteiligung von Frauen als Personen und als gesellschaftliche Gruppe. Diese Strukturen diskriminieren auch weibliche Geschlechterrollen, Normen und Werte sowie Aufgaben, die mit Frauen, Mutterschaft oder Weiblichkeit assoziiert sind – und das ungeachtet des Geschlechts der Personen, die solche weiblichen Rollen und Aufgaben übernehmen. Die fehlende Geschlechtergerechtigkeit zeigt sich unmittelbar im ökonomischen Bereichen wie z.B. in der geringen Priorität weiblich dominierter Wirtschaftszweige für politische AkteurInnen oder in der unterdurchschnittlichen Entlohnung in typischen Frauenberufen und Wirtschaftszweigen. Vergeschlechtlichte Gesellschaftsstrukturen und androzentrische Normen werten zudem auch Männer ab, die den hegemonialen Männlichkeitsnormen und traditionellen Geschlechterrollen nicht entsprechen. Der Zwang, bestimmte Persönlichkeitsmerkmale und Verhaltensmuster aufweisen zu müssen, dem Männer und innerhalb männerdominierter Sektoren beide Geschlechter ausgesetzt sind um z.B. Zugang zu Entscheidungsmacht zu erhalten, ist beträchtlich.

Geschlechtergerechtigkeit als Grundwert und Ziel ist für Frauen und Männer in allen Positionen innerhalb der gesellschaftlichen Strukturen von Vorteil. Normative, diskursive, materielle und gesetzliche Änderungen mit dem Ziel, die Situation der Frauen zu verbessern, und vor diesem Hintergrund die Gewichtung von Interessen und Perspektiven neu zu bewerten und die Bedingungen in frauendominierten sozialen oder wirtschaftlichen Sektoren positiv zu wenden, sind ein Gewinn für die Gesellschaft insgesamt. Männer, die einen alternativen Lebensstil zu Hause, in der Familie, bei der Arbeit und in ihren zwischenmenschlichen Beziehungen wollen, und männliche Erwerbstätige in frauendominierten Sektoren sowie all diejenigen, die von dem Trend einer zunehmenden Verschlechterung der Arbeitsbedingungen betroffen sind (der sogenannten ‚Feminisierung der Arbeit‘), werden von einem wirklich geschlechtergerechten Green New Deal profitieren.

Dafür ist jedoch eine integrative Gesamtperspektive vonnöten, die die vergeschlechtlichten Gesellschaftsstrukturen – einschließlich der nach Geschlecht organisierten Verteilung bezahlter und unbezahlter, produktiver und reproduktiver

¹ Why we need a Green New Deal - a discussion paper of the Greens/EFA Green New Deal Working Group, May 2010: <http://greennewdeal.eu/why-we-need-a-gnd.html>.

Arbeit mit ihren Auswirkungen auf die wirtschaftliche Position und auf die Chancen zur Erlangung wirtschaftlicher Macht – erkennt und den Androzentrismus in unseren normativen Systemen und in unseren Überzeugungen aufdeckt. Androzentrismus hat zur Folge, dass bei der vermeintlichen ‚Durchschnittsperson‘, die politischen EntscheiderInnen als Bezugspunkt dient, implizit und stillschweigend von einer weißen, männlichen, heterosexuellen, gesunden, gut ausgebildeten und der Mittelschicht angehörenden Person ausgegangen wird, deren Leben den traditionellen Geschlechterrollen entspricht. Dadurch werden bestimmte Lebensumstände und Lebenslagen, die in dieses Konzept passen, durch politische Entscheidungsprozesse gefördert. Die Folge ist, dass Interessen und Bedürfnisse von Frauen sowie von Personen, die diesen sozioökonomischen Eigenschaften der ‚Normgruppe‘ nicht entsprechen, ausgeschlossen, vernachlässigt oder abgewertet werden. In gleicher Weise werden auch wirtschaftliche und gesellschaftliche Bereiche und Lebensumstände, die für die Normgruppe keine zentrale Bedeutung haben, systematisch nicht wahrgenommen, wie z.B. frauendominierte Arbeit und Arbeitsmarktsektoren, Sorgearbeit in der privaten Haushaltsökonomie, Kinderbetreuung usw. Der Androzentrismus stellt eine erkenntnistheoretische Struktur dar, in der die private Haushaltswirtschaft und die Dienstleistungen der Care-Ökonomie trotz ihrer Bedeutung für das Wirtschaftswachstum und den Wohlstandszuwachs nicht wahrgenommen werden.

Erfahrungen mit Gleichstellungspolitik zeigen, dass erfolgversprechende Strategien zwei Instrumente verwenden müssen: erstens die Nutzung der vorherrschenden Logik und ihrer Strukturen sowie zweitens ihre Transformation. Der Erfolg des Green New Deal – Wachstum durch ökologische Technologien zu fördern und Umweltfreundlichkeit als Qualitätskriterium für Produkte zu etablieren – zeigt die Notwendigkeit einer solchen simultanen Vorgehensweise. Um gesellschaftliche Ziele durchsetzen zu können, insbesondere was das Ziel der Geschlechtergerechtigkeit anbelangt, ist es erforderlich, dass konsistente und überzeugende Wechselbeziehungen zwischen gesellschaftlichen Zielen und denjenigen der Gewinnmaximierung hergestellt werden. Eine geschlechtersensible Politikentwicklung, die systematisch Gender Mainstreaming anwendet, ermöglicht den Aufbau von Strukturen und Mechanismen, die soziale, ökologische und wirtschaftliche Ziele zusammenführen. Gleichzeitig muss an dieser Stelle der Standpunkt der Grünen hervorgehoben werden, dass Geschlechtergerechtigkeit ein Wert an sich ist. Soziale Nachhaltigkeit wird auch in Zukunft ein Schattendasein führen, wenn sie sich in unserem derzeitigen Wertesystem nicht zu einem Qualitäts- und Effizienzkriterium *und* zu einem eigenständigen Argument entwickelt. Solange die vorherrschende diskursive Logik den finanziellen und individualisierten Gewinnen Priorität über den sozialen einräumt, bleibt die Forderung, soziale Werte als ‚Werte an sich‘ zu betrachten, unverzichtbar.

Geschlechtergerechtigkeit, ihre Umsetzungsstrategien und Instrumente, wie Maßnahmen zur Chancengleichheit, Gender Mainstreaming und geschlechtergerechte Finanzhaushalte (Gender Budgeting), sind zentral für einen Green New Deal, der den programmatischen Zielen der grünen Bewegung entspricht – gegen Ungleichheit und Diskriminierung, für soziale Gerechtigkeit, Umverteilung von Macht und Wohlstand sowie Nachhaltigkeit. Geschlechtergerechtigkeit ist als ein Ziel dieses Vorhabens zugleich auch ein möglicher Weg, diese Zielvorstellungen zu erreichen. Nur wenn die Geschlechtergerechtigkeit systematisch in den Diskurs, in den normativen und analytischen Rahmen, die Prioritätenlisten und Fragenkataloge integriert wird, kann der Green New Deal sein volles Potenzial für einen Paradigmenwechsel im Sinne der Grünen entfalten.

Drei zentrale Aspekte für Geschlechtergerechtigkeit

In den Strategiepapieren der Grünen wird Geschlechtergerechtigkeit direkt zu Beginn als programmatisches Ziel genannt. Bei der konkreten Ausgestaltung und den grundsatzpolitischen Vorschlägen fehlt sie jedoch als integrierter Aspekt. Weite Teile der Strategiepapiere sind geschlechterblind oder gehen von androzentrischen Prämissen aus. Denn die Bedeutung vergeschlechtlichter sozialer Strukturen und ihre diskriminierende oder benachteiligende Wirkung werden hier übersehen oder nicht infrage gestellt. Hier wäre Geschlechtersensibilität erforderlich, die geschlechtsspezifische Lebensrealitäten und Ungleichheiten anerkennt und damit eine Genderperspektive einnimmt. Dies wäre die Voraussetzung für ein politisches Rahmenprogramm, das den Zielen der Grünen in vollem Umfang entspricht. Darüber hinaus würde die Genderperspektive eine Vielzahl an praxistauglichen und effektiven Optionen sichtbar machen, die den Menschen in den Mittelpunkt stellen. Auf diese Weise wäre dafür gesorgt, dass der ‚grüne‘ Green New Deal alle Aspekte miteinbezieht, die für das fundamentale grüne Transformationsprojekt der „Beziehungen zwischen Menschen, Zeit, Raum und Objekten“ möglich und notwendig sind.

Die Genderanalyse der Strategiepapiere zum Green New Deal hat drei grundlegende Mängel offengelegt, die mit den ambitionierten Leitideen und den Traditionen der Grünen nicht übereinstimmen.

1. Das **Nachhaltigkeitskonzept** wird in den grundsatzpolitischen Vorgaben auf Umweltnachhaltigkeit reduziert. Dabei wird die Frage nicht beantwortet, wie Menschen (insbesondere Frauen) und soziale Bedingungen (insbesondere faire Beziehungen zwischen den Geschlechtern) in das Nachhaltigkeitskonzept integriert werden können.
2. Das **Wirtschaftsmodell** ist traditionellen wirtschaftlichen Konzepten mit getrennten und unabhängigen Sektoren verhaftet und lässt kognitive Strukturen unberührt, die zu verzerrenden Wahrnehmungen und zu Geschlechterblindheit führen. Zentrale Aspekte sind hier die Vernachlässigung der privaten Haushaltsökonomie sowie das Fehlen einer Berechnung der Opportunitätskosten auf Grundlage eines erweiterten Nachhaltigkeitskonzepts. Darin miteingeschlossen wären die von der privaten Haushaltsökonomie (in der vor allem Frauen als Beschäftigte wie Managerinnen arbeiten) geleisteten Beiträge und von ihr gezahlten Kosten. Ebenso fehlt ein systematischer Fokus auf die wechselseitigen Beziehungen zwischen Öffentlichkeit, Privatwirtschaft und privater Haushaltswirtschaft. Darüber hinaus wird die Rolle der privaten Haushaltsökonomie sowie der BürgerInnen als ProtagonistInnen des Wandels, als VerschmutzerInnen, als WirtschaftsteilnehmerInnen, die die Nachfrage als VerbraucherInnen steuern und als AkteurInnen der Demokratie, die von Nachhaltigkeitsthemen in unterschiedlicher Weise betroffen sind, nicht ausreichend berücksichtigt.
3. Die **Rolle des Staates** einschließlich des öffentlichen Sektors als Akteur in Wirtschaft und Gesellschaft sowie als potenzieller Garant von sozialen Rechten, Nachhaltigkeitsvorschriften und Gleichstellung der Geschlechter in allen Bereichen, z.B. als Ressourcenverteiler und Instanz zur Durchsetzung von Menschenrechten, wird ebenfalls vernachlässigt.

1. Ein geschlechtergerechtes Nachhaltigkeitskonzept

Der wichtigste Aspekt in den Politikempfehlungen der Strategiepapiere der Grünen ist die natürliche Umwelt. Was Nachhaltigkeit sein sollte und wie sie erreicht werden kann, wird allerdings in weit weniger expliziter Form dargestellt, wenn es um die Betrachtung des Menschen als Arbeitskraft, als Pflegende/r in der privaten Haushaltsökonomie oder als Bürger/in mit politischer und sozialer Handlungsfähigkeit geht.

Es seien hier nur zwei Bereiche unter vielen anderen genannt, in denen das Nachhaltigkeitskonzept in seiner humanen, sozialen und gleichstellungspolitischen Dimension ausgelotet werden sollte: Erstens in Bezug auf das Thema Zeit und zweitens im öffentlichen Sektor.

Trotz ihrer hohen Gender-Relevanz ist die Zeitdimension nicht im Hinblick auf ihr Potenzial zugunsten einer höheren Geschlechtergerechtigkeit untersucht. Der Begriff Zeit müsste nach den Ansprüchen des Green New Deal nicht nur Zeit zur Gewährleistung der Reproduktion und der eigenen Nachhaltigkeit beinhalten, sondern ebenfalls Zeit, um sich um andere Menschen kümmern zu können. Beim Begriff Zeit geht es in den Papieren der Grünen jedoch in erster Linie um die bezahlten Stunden des Erwerbslebens, und zwar aus der Perspektive eines Menschen, der nicht Teil der sorgenden privaten Haushaltswirtschaft ist, und lediglich eine Work-Life-Balance zur Optimierung seiner Lebenssituation zu erreichen sucht. Es geht eben nicht um jemanden, der gar keine Wahl hat, eine Work-Life-Balance anzustreben, weil er bzw. sie nämlich aufgrund familiärer Notwendigkeiten dazu gezwungen ist, die unterschiedlichen oft inkompatiblen Anforderungen des Arbeits- und Privatlebens notgedrungen miteinander zu vereinbaren. Die Situation derjenigen, die in der privaten Care-Ökonomie elterliche Sorge und Pflege leisten, also Männer und Frauen in der Gender-Rolle ‚Mutter‘, wird übersehen. Der Wunsch, sich Zeit für die Familie zu nehmen und der Anspruch, dies auch tatsächlich umsetzen zu können, sind im Lebensverlauf von Frauen und Männer unterschiedlich. Dies führt zu geschlechterdifferenzierten Folgen einerseits für die eigenständige ökonomische Existenzsicherung und andererseits für den Aufbau tragfähiger, sozialer Beziehungen durch die Investition in gemeinsame Zeit in familiäre Beziehungen. Der Blick auf das Thema Zeit ist insofern androzentrisch, als dass hierfür das Leben einer angeblich ‚neutralen‘ Person zum Ausgangspunkt einer Betrachtung gewählt wird, die aber keinerlei Pflichten hinsichtlich unbezahlter Pflege- und Betreuungsarbeit zu erfüllen hat, danach auch wenig Wunsch verspürt und deswegen ‚männlich‘ im Sinne von Gender ist. Auf diese Weise werden andere geschlechtsspezifische Rollen, bestimmte Lebensphasen von Männern und Frauen, wie beispielsweise die Familiengründungsphase und typische Lebenslagen vieler Frauen, vernachlässigt.

Die Nachhaltigkeit des öffentlichen Sektors wird in dem o.g. Papier in erster Linie im Zusammenhang mit der Haushaltskonsolidierung erwähnt. Die Aufgabe des Staates, für Nachhaltigkeit besonders im sozialen Umfeld einschließlich der Verhinderung geschlechtsspezifischer Segregation, Diskriminierung und Ausbeutung zu sorgen, ist dort nicht ausgeführt. Ebenso bleibt eine Definition der neuen Rolle des Staates innerhalb eines Green New Deal sowie die Formulierung von Anforderungen an den Staat und den öffentlichen Sektor als wichtige Akteure eines Paradigmenwechsels in Richtung Nachhaltigkeit unterbelichtet. Die aktuelle, auch die für Geschlechterverhältnisse folgenschwere, Schwächung des Staates erfolgt nicht nur durch die Erosion seiner Finanzhaushalte. Die Fähigkeit des Staates, seine potenzielle Aufgabe wahrzunehmen, nämlich demokratisch zu funktionieren, soziale Rechte, Menschenrechte und demokratische Werte durchzusetzen, Interessen auszugleichen, sich selbst zu korrigieren und Reformprozesse in Angriff zu nehmen, wird bereits seit geraumer Zeit in Frage gestellt. Das dadurch entstandene Vakuum wurde von Normen, Werten und AkteurInnen besetzt, die nicht den Interessen des von den Grünen gewünschten Paradigmenwechsels entsprechen. Der Staat muss als aktiv Handelnder in einem Transformationsprojekt – wie dem ökologischen Umbau der Gesellschaft – in

ähnlicher Weise, wie es bei der Privatwirtschaft der Fall ist, eingebunden werden. Seine Rolle, seine Aufgaben und Verantwortlichkeiten sowie Rechte und Vollmachten in allen Dimensionen der Nachhaltigkeit müssen im Rahmen eines Green New Deal definiert werden. Dies ist auch von entscheidender Bedeutung, damit der Green New Deal sich nicht negativ, sondern im besten Falle positiv im Hinblick auf die Geschlechterverhältnisse auswirken soll.

2. Ein geschlechtergerechtes Wirtschaftsmodell

Zum Fundament eines gendersensiblen Wirtschaftsmodells gehört, dass die private Haushaltsökonomie einbezogen wird und dass eine klare Vorstellung davon besteht, welche Beiträge diese zur Produktion von Waren und Dienstleistungen, zur Wohlfahrt und zur Reproduktion von Arbeitskraft leistet und welche Bedeutung sie für die Vermeidung von Opportunitätskosten hat. Diesen Teil der von Frauen dominierten Ökonomie mit dem Argument auszuschließen oder zu vernachlässigen, dass sie nicht der Logik der privaten Marktwirtschaft folgt und sozusagen ‚nur‘ eine weibliche Domäne darstellt, verringert die Chancen auf eine sinnvolle Politikentwicklung und führt im Ergebnis zu diskriminierenden Resultaten, die in erster Linie Auswirkungen auf Frauen haben.

Die Ökonomie sollte eher als Kreislauf denn als Zyklus, wie sie die liberalen Wirtschaftswissenschaften darstellen, verstanden werden. Die Umweltwissenschaften und die Ökologiebewegung haben den Nutzen dieses spezifischen, erkenntnistheoretischen Ansatzes bereits nachgewiesen. Somit wäre es möglich, die Wirtschaft als ganzheitliches interdependentes System zu erkennen, welches die drei Sektoren der Wohlstandsproduktion (Privatwirtschaft, öffentlicher Sektor und private Haushaltsökonomie) einschließt, die jeweils auf den Beitrag der anderen angewiesen sind und wo es innerhalb eines Sektors keine Veränderungen ohne Auswirkungen auf die anderen Sektoren gibt. Nichtmonetäre Werte und Güter – hier insbesondere die Zeit als wichtigste Währung, die auch den Vorteil aufweist, eine empirisch messbare Größe zu sein – sind bei der Betrachtung der privaten Haushaltsökonomie zu berücksichtigen. Der Wohlstandsgedanke müsste weiter gedacht werden und sowohl materielle, soziale (z.B. Geschlechtergerechtigkeit) und ökologische Werte als auch Zeitreichtum als kostbares Gut umfassen, um den Blick für die gesamte Bandbreite an Gestaltungsmöglichkeiten eines Green New Deal zu öffnen.

Die Beschäftigungsdimension des Green New Deal ist generell in den Grundsatzpapieren sehr eng definiert, da sich die beschriebenen Strategien lediglich auf bestimmte Sektoren und Wirtschaftszweige beschränken, die männerdominiert und in ihren Beschäftigungsstrukturen männlich geprägt sind. Die eingeschränkte Auswahl der berücksichtigten Wirtschaftszweige lässt allerdings das grüne Potenzial in anderen Sektoren, Beschäftigungssituationen und Wirtschaftszweigen außer Acht. Das gilt ebenfalls für die Frage des Abbaus der Segregation der Arbeitsmärkte als Voraussetzung für einen ‚grünen‘ Umbau sowie für die dringende Forderung nach einer Diskussion über die Qualität ‚grüner‘ Arbeitsplätze (einschließlich vergeschlechtlichter Normen, z.B. bei der Erfassung von ‚Arbeitsleistung‘).

3. Ein geschlechtergerechtes Konzept des Staates und des öffentlichen Sektors

Ein demokratisch kontrollierter öffentlicher Sektor gilt als zentraler Garant für das Funktionieren von Gesellschaften nach den Prinzipien der Demokratie und sozialer Gerechtigkeit, auch in Bezug auf die Privatwirtschaft als einem ihrer Teilbereiche. Feministische Ansätze betonen die Bedeutung des öffentlichen Sektors und die Fähigkeit des Staates, für Wohlfahrt zu sorgen und gesellschaftliche Entwicklung zu fördern und zu gestalten. Sie analysieren die Verteilung öffentlicher Mittel, die Änderungen der Steuer- und Sozialleistungssysteme sowie die der Besteuerungsgrundlagen aus der Perspektive einer Umverteilung zwischen dem öffentlichem Sektor, der Privatwirtschaft und der privaten Haushaltsökonomie. Der Staat ist dabei der wichtigste Akteur, wenn es um die Fähigkeit der Einkommensumverteilung, der

Durchsetzung von Rechtsvorschriften gegen Diskriminierung und um die Kontrolle der Tätigkeit privater Unternehmen geht, die den sozialen Zusammenhalt gefährden. Ebenfalls beeinflusst er die Verfügungsspielräume von Zeit- und Geldressourcen innerhalb der privaten Haushaltsökonomie sowie zwischen der privaten Haushaltsökonomie und Privatwirtschaft. Ferner kontrolliert er bei Letzterem die Umsetzung von arbeitsrechtlichen Normen u.ä. All diese Aspekte sind aufgrund der geschlechtsspezifischen Strukturen unserer Gesellschaften mit ihren Auswirkungen auf Einkommensverteilung, Vermögen, Zeit und Lebenschancen von erheblicher Bedeutung für die Geschlechtergerechtigkeit und weisen dem Staat eine Schlüsselposition bei ihrer Umsetzung zu.

Ein weiterer Grund, warum der öffentliche Sektor als wichtigster Akteur für Wohlfahrt und Geschlechtergerechtigkeit angesehen wird, liegt in seiner spezifischen Verteilungs- und Umverteilungslogik. Denn er kann mit seiner Gemeinwohlorientierung Waren, Dienstleistungen und Lebenschancen nach einer Logik verteilen, die nicht den Gesetzen der Profitmaximierung folgt. Das ist auch der Grund, warum er in der Lage ist, Prinzipien zu verfolgen, die bestimmten sozialen Werten und Zielen entsprechen. Seine Vorstellungen von Produktivität und Profit gehen über rein monetäre Aspekte hinaus. Die Privatwirtschaft hingegen verteilt Waren, Dienstleistungen und Lebenschancen nach dem Wettbewerbsprinzip und berücksichtigt dabei zuallererst die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, ohne Beachtung sozialer Ungleichheit. Die Bereitstellung und Verteilung von Waren und Dienstleistungen durch einen funktionierenden öffentlichen Sektor ist also für eine Gesellschaft, die Diskriminierungen und soziale Benachteiligungen für Männer und Frauen verringern will, von entscheidender Bedeutung. So wie auf eine gerechte, am Gemeinwohl orientierte Verteilung von Freiheiten, Chancen und Ansprüchen nicht verzichtet werden kann, ist auch eine nicht vom Markt bestimmte Verteilungslogik für öffentliche und meritorische Güter elementar und unabdingbar für die Wohlstandsentwicklung einer Gesellschaft. Die Verteilungslogik eines demokratischen Staates kann insbesondere aus dem Blickwinkel der Geschlechtergerechtigkeit gerechter und effektiver sein.

Der öffentliche Sektor ist zuständig für die Bereitstellung wichtiger Waren und Dienstleistungen für die BürgerInnen. Viele davon werden als meritorische Güter bezeichnet, einige sind auch öffentliche Güter, die nicht nach marktwirtschaftlichen Prinzipien produziert oder verteilt werden können. Gerade Frauen und Personen mit weiblichen Geschlechterrollen müssen sich auf Güter wie auf öffentliche Dienste, soziale Absicherung, Gesundheitsdienste, Bildungsangebote, Betreuungsangebote, öffentliche Verkehrsmittel, eine saubere Umwelt und den Zugang zu natürlichen Ressourcen usw. verlassen können. Denn diese Personen sind unverhältnismäßig oft von Armut, Niedrigeinkommen, materieller Abhängigkeit von männlichen Familienmitgliedern und anderen Auswirkungen der Geschlechtersegregation betroffen. Die Festlegung, welche Güter als meritorische und welche als öffentliche Güter gelten sollten, ist nicht nur eine Frage der wirtschaftswissenschaftlichen Definition, sondern auch ein hochpolitisches Thema. Die Kommerzialisierung von meritorischen Gütern – auch derjenigen, die formell als öffentliche Güter, wie z.B. sauberes Wasser oder saubere Luft, angesehen werden² – ist aus der Gender-Perspektive hochgradig problematisch, da Ausgrenzungsmechanismen auf diese Weise verschärft werden. Darüber hinaus werden Waren und Dienstleistungen, die früher insbesondere in den ehemaligen sozialistischen Ländern unbestritten als öffentliche Güter angesehen wurden (z.B. Bildung und Gesundheitsversorgung), heute erneut zunehmend privatisiert. Aufgrund der prekären Lage der öffentlichen Haushalte mit ihren immensen Defiziten und vor dem Hintergrund der Sparprogramme werden viele Länder in Europa die Leistungen der öffentlichen Dienste und des Bildungs- und Gesundheitssektors verstärkt kürzen und die Erbringung von Dienstleistungen

² Mit zunehmender Luftverschmutzung in dicht bevölkerten Gebieten wird der Umzug in ein Wohngebiet mit geringerer Belastung der Luft zu einer Frage der ökonomischen Möglichkeiten. Im Ergebnis ist damit die Nichtausschließbarkeit dieses öffentlichen Gutes nicht mehr in vollem Umfang gegeben.

privatisieren, die für eine funktionierende Demokratie unverzichtbar sind – dazu gehören: Bildung, Kommunikation, öffentlicher Verkehr, Sicherheitsdienste und sogar Grundbedürfnisse wie die Wasserversorgung.

Die Erfahrungen mit der Privatisierung und Kommerzialisierung der vergangenen Jahrzehnte haben gezeigt, dass sich daraus keine positiven Impulse für die Geschlechtergerechtigkeit ergeben. Dies gilt sowohl für die Auswirkungen dieser Trends auf Qualität und Quantität der zur Verfügung gestellten Waren und Dienstleistungen als auch für die Arbeitsbedingungen von Frauen. Daraus lässt sich generell schlussfolgern, dass die neue Privatisierungs- und Kommerzialisierungswelle eine ernstzunehmende Bedrohung zum einen für die zukünftige Entwicklung Europas im Allgemeinen und zum anderen für die Entwicklung der Geschlechtergerechtigkeit in Europa im Besonderen darstellt. Ein Green New Deal erfordert dementsprechend eine proaktive positive Definition der Rolle des öffentlichen Sektors und des Staates, um sicherzustellen, dass der Staat seine unverzichtbare Rolle und Funktion bei einem ‚grünen‘ gesellschaftlich-ökonomischen Umbau wahrnimmt.

Empfehlungen

Soll das Konzept des Green New Deal der Grünen zur Geschlechtergerechtigkeit beitragen, ist Folgendes erforderlich:

- Die Überarbeitung des Nachhaltigkeitskonzepts: Die Nachhaltigkeit wird zukünftig auf das ökologische System bezogen, berücksichtigt aber explizit und systematisch auch:
 - o Menschen als Pflegende und Betreuende (soziale Reproduktion),
 - o Menschen als ArbeitnehmerInnen,
 - o BürgerInnen als politische AkteurInnen,
 - o den Staat in seiner Rolle als Garant des gesellschaftlichen Zusammenhalts und der sozialen Gerechtigkeit sowie als Verteidiger sozialer Werte.
- Genderkompetenz und genderdifferenzierte Ergebnisse als Qualitätskriterien für alle Studien, die von den Grünen in Auftrag gegeben werden.
- Vorgaben zur Nachhaltigkeit mit Berücksichtigung folgender spezifischer Aspekte:
 - o ArbeitnehmerInnen, insbesondere im Bildungs- und Pflegesektor,
 - o soziale Beziehungen,
 - o Humankapital,
 - o öffentliche Finanzierung, um Sozialsysteme zu erhalten und weiterzuentwickeln,
 - o Kampf gegen den Abbau ‚guter Arbeit‘,
 - o Durchsetzung von Sozialstandards für typisch weibliche Arbeit und frauendominierte Sektoren, einschließlich illegaler Arbeit (Migration von Pflege- und Haushaltskräften, Prostitution) sowie die Verhinderung der Erosion von Mindeststandards bei den Arbeitsbedingungen,
 - o sozialer Zusammenhalt.

- Explizites Erwähnen und Berücksichtigen folgender Instanzen und Aspekte in allen Strategiepapieren:
 - private Haushaltsökonomie (mit Frauen als Hauptbeschäftigte und Managerinnen),
 - Care-Ökonomie (mit einem hohen Anteil legaler, illegaler und privater Dienstleisterinnen),
 - Beitrag der Care-Ökonomie zum gesellschaftlichen Wohlstand, Nachhaltigkeit und ökologischem Wandel einschließlich der Bildungsfunktionen und Bildungsbereiche,
 - BürgerInnen und ihre Organisationen als Mitwirkende und Akteure des ökologischen Umbaus der Gesellschaft; besonders unter Einbeziehung von Frauen und Frauenorganisationen,
 - BürgerInnen und ihre Organisationen (z.B. Verbraucherschutzorganisationen) als Wirtschaftsakteure,
 - Frauenberufsverbände, Lobbygruppen und Wissensnetzwerke,
 - Ergebnisse von Forschungsarbeiten und Studien zu Frauen- und Gender-Themen, genderkompetente Forschungen und Studien,
 - Nutzung feministischen Wissens und feministischer politischer Erfahrungen beim Mainstreaming alternativer Denkweisen und Ziele in hegemoniale Diskursen, Praktiken und Institutionen.

Die folgenden Kapitel sind Analysen der Grundsatzpapiere „The industrial dimension of the Green New Deal“, „The employment dimension of the Green New Deal“ und „The macro-economic and financial framework of the Green New Deal“.

B. Zur beschäftigungspolitischen Dimension des Green New Deal

Die folgenden Kommentare beziehen sich auf das Strategiepapier „The employment dimension of the Green New Deal“.

Beschäftigungsaussichten von Männern und Frauen

Es bestehen hohe Erwartungen hinsichtlich der Entstehung neuer Arbeitsplätze durch die Ökologisierung der Wirtschaft. Zwei wichtige Trends sind in diesem Kontext relevant: Erstens die Ökologisierung von Arbeitsplätzen im Sinne neuer Kompetenzanforderungen, um Umweltstandards erfüllen zu können, und zweitens die Entstehung neuer Arbeitsplätze in Wirtschaftszweigen, die grüne Technologien entwickeln und produzieren. Die Weiterentwicklung bestehender Berufe durch Ökologisierung und die Entstehung neuer grüner Arbeitsplätze bedeuten, dass der Arbeitsmarkt von zwei wichtigen Prozessen bestimmt wird. Zum einen wird es einen Verlust von Arbeitsplätzen und eine Entwertung beruflicher Fähigkeiten geben, die aufgrund technologischer Verbesserungen nicht mehr gefragt sind, zum anderen werden neue Arbeitsplätze entstehen und ‚grüne Fertigkeiten‘ werden zunehmend Anerkennung finden. Folglich sind Qualifizierung und Weiterbildung sowie Ausbildung wichtige Aspekte der Beschäftigungsdimension des Green New Deal.

Die Wirtschaftszweige mit dem voraussichtlich größten Arbeitsplatzpotenzial sind die Energieindustrie mit ihren Branchen Solarenergie, Windkraft und Biokraftstoffe sowie die Bauindustrie mit ihrem Fokus auf energieeffiziente Gebäude und Maschinen (Smith 2011). Der Transportsektor mit umweltfreundlichen Verkehrssystemen und Ökomobilen und auch die Sektoren Biolebensmittel, Landwirtschaft und Forstwirtschaft werden Prognosen zufolge ebenfalls von der ‚grünen Wende‘ profitieren. In den neuen EU-Mitgliedstaaten (Beitrittsdaten 2004 und 2007) dürfte das Jobwachstum im Sektor der erneuerbaren Energien besonders deutlich ausfallen.

In all diesen Wirtschaftszweigen sind überwiegend Männer beschäftigt. Das bedeutet, dass sich der Green New Deal unmittelbar und in erster Linie eher auf Männer und männliche Arbeitskräfte auswirken wird. Schätzungen zu den Berufen mit hohem Wachstumspotenzial zeigen, dass rund 4/5 dieser Berufe in hohem Maße segregiert sind – was bedeutet, dass dort mehr als 60% der beschäftigten Personen Männer sind.

Die Situation in diesen Wirtschaftszweigen zeichnet sich durch folgende Merkmale aus:

- eine hohe geschlechtliche Segregation mit einem deutlich überwiegenderen Anteil männlicher Beschäftigter,
- höchstes Beschäftigungswachstum in männerdominierten technischen Berufen, und geringes Wachstum in frauendominierten oder gemischtgeschlechtlichen Dienstleistungsberufen wie Beratungs- und Verwaltungstätigkeiten,
- einen deutlichen Trend zur Verstärkung bestehender geschlechtlicher Segregation.

Das ist u.a. auch zurückzuführen auf:

- eine ausgeprägt männerdominierte Arbeitskultur, teilweise inspiriert durch eine ‚Pionierkultur‘ (z.B. in der Solarindustrie),
- hohe Anforderungen an Flexibilität und Verfügbarkeit im Hinblick auf Arbeitszeiten und regionale Mobilität, was spezielle Lebenslagen und Voraussetzungen für Erwerbstätigkeit privilegiert. Diese Anforderungen können Männern tendenziell häufiger erfüllen.

Darüber hinaus gibt es allgemeine Tendenzen auf dem Arbeitsmarkt, die durch Deregulierung verursacht werden und die die Geschlechtersegregation der

‚ergrünenden‘ Wirtschaftszweige verstärken. Der Trend zur zunehmenden Polarisierung zwischen erstens Berufen mit hohen und geringen Qualifikationsanforderungen und zweitens Qualitätsarbeitsplätzen und Einfacharbeitsplätzen wird sich in den grünen Wirtschaftszweigen weiter verschärfen. Am oberen Ende des Spektrums entstehen in Forschung und Entwicklung neue Arbeitsplätze, während es am unteren Ende eine Zunahme gering qualifizierter und gering bezahlter Arbeitsplätze geben wird, z.B. in der Recyclingindustrie. Das Jobangebot auf der mittleren Ebene wird voraussichtlich zurückgehen, teilweise aufgrund der technischen Innovationen. Da Arbeitsmärkte hierarchisch nach Geschlecht segregiert sind, wird eine stärkere Polarisierung negative Auswirkungen auf die Situation der Frauen in den grünen Industrien haben (Smith 2011).

Wie das aktuelle Beispiel der Solarindustrie zeigt, ist der globale Wettbewerbsdruck einer der Hauptgründe für die Erosion der Arbeitsbedingungen. In der Folge ist auch dieser Wirtschaftszweig anfällig für Entwicklungen, die den ‚grünen‘ Ansprüchen an Standards in Beschäftigungsverhältnissen widersprechen. Die Wahrscheinlichkeit, dass sich in den oben genannten Sektoren politische Maßnahmen, die den sozialen Zielsetzungen der Grünen gerecht werden, ohne weiteres durchsetzen lassen, ist gering – dies gilt im Übrigen besonders für die Geschlechtergerechtigkeit. Folgende Gründe können für diese Prognose angeführt werden:

- eine fehlende oder nur geringe Tradition der Gleichstellungspolitik,
- geschlechtsdiskriminierende Praktiken als Teil der Arbeitskultur insbesondere bei der Einstellung und Beförderung (davon zeugen die überproportional höheren Prozentsätze arbeitsloser Ingenieurinnen im Vergleich zu männlichen Kollegen und der sehr hohe Anteil von Ingenieurinnen, die ihrem Beruf den Rücken kehren),
- eine hohe Geschlechterhomogenität in Entscheidungspositionen und allgemein ein geringer Frauenanteil,
- ein geringer gewerkschaftlicher Organisationsgrad.

Darüber hinaus sind die Bedingungen für Gleichstellungspolitik auf der diskursiven Ebene eher schwierig, da in erster Linie Männer vom ökologischen Strukturwandel und von Arbeitsplatzverlusten betroffen sind. Die Relevanz von Gleichstellungspolitik kann in solch einer Situation infrage gestellt werden. Da die Auswirkungen der o.g. Transformation für die betroffenen Männer sichtbar und konkret spürbar sind, könnten dementsprechend ihre Interessen als Geschlechtergruppe als wichtiger angesehen werden als grundlegende, aber ‚abstrakte‘ Forderungen nach Gleichstellung und Chancengleichheit für Frauen. Solche Argumentationsstrukturen sind typisch in Zeiten von Krisen und gesellschaftlichen Veränderungsprozessen. Auch in den aktuellen Krisen ist dies beobachten, wie u.a. die Analyse der (deutschen) Konjunkturpakete zeigt, die vorwiegend männerdominierte Wirtschaftszweige vor der ersten Welle der Krisenauswirkungen schützten.

Generell gilt, dass in Wirtschaftszweigen und Betrieben, wo im Hinblick auf Normen, Habitus und Kulturen eine Männerdominanz vorliegt, besonderer Handlungsbedarf für die Geschlechtergerechtigkeit besteht ist. Die Durchsetzung von Veränderungen wird jedoch nicht einfach sein. Das trifft für diskriminierende Mechanismen sowohl bei der Verteilung neuer Jobs und bei dem Ermöglichen von Karrierechancen zu als auch für Optionen zur Teilnahme an Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen.

Ein weiterer Kritikpunkt am Grundsatzpapieren zur Beschäftigungsdimension des Green New Deal ist die geschlechtlich verzerrte Wahrnehmung (‚Gender-Bias‘) mit der Folge, dass darin vor allem männerdominierte oder mit Männlichkeit assoziierte Sektoren, Berufe und gesellschaftliche Bereiche in den Blick genommen werden. Nur wenige spezifische Tätigkeiten aus einer umfassenden Auswahl von Berufen werden erwähnt und als geeignet angesehen, einen Beitrag zu dem vom Green New Deal

gewollten Paradigmenwechsel leisten zu können. Die Bedeutung der weniger von Männern dominierten Sektoren wird hingegen vernachlässigt. Die Beschäftigungsdimension aus grüner Perspektive zu beleuchten, müsste jedoch vielmehr systematisch alle Tätigkeiten beinhalten, die einen Beitrag zum Green New Deal leisten können.

Hier sind besonders zu nennen:

- ökologisch auszurichtende bestehende Arbeitsplätze und neue grüne Jobs auch in weniger technischen Sektoren wie Tourismus, Werbung, Gesundheitswesen, Lebensmittelherstellung und -verarbeitung, Einzelhandel, Landwirtschaft usw.,
- Berufe, die zu einer Ökologisierung der Lebensweisen von Gesellschaften, des Verbraucherverhaltens und des Bürgerwissens beitragen können, bei denen es sich zudem ausnahmslos um Jobs handelt, die ökologisch umgestaltet werden – oder die im geringeren Maß neu entstehen – und die für Wissenstransfer und (Verbraucher-)Aufklärung, grüne Verwaltung und ökologisches Management einschließlich eines grünen und sozial gerechten öffentlichen Auftragswesens sowie einer entsprechenden Arbeitskräfteplanung und -entwicklung sorgen können sowie
- neue grüne Jobs in den Bereichen Beratung und Ökozertifizierung für Unternehmen sowie für Privathaushalte.

Der androzentrische Fokus auf das warenproduzierende Gewerbe als Hauptarbeitgeber führt jedenfalls dazu, dass nicht-marktwirtschaftliche wie Privathaushalte sowie private und öffentliche Organisationen, die Menschen beschäftigen, Waren und Dienstleistungen produzieren und selbst als Verbraucher handeln, aus dem Blickfeld geraten sind.

Grüne Jobs = gute Jobs?

Es wäre ein Missverständnis anzunehmen, grüne Wirtschaftszweige seien aus der grünen Bewegung heraus entstanden, die grüne Werte in Arbeitsstrukturen und Beschäftigungsbedingungen überträgt. Die grünen Wirtschaftszweige sind vielmehr marktwirtschaftlich orientierte Betriebe, in denen es um Gewinnmaximierung und Kostenreduzierung geht, auch wenn sie ethisch unterlegte ökologische Ziele und Leitideen vertreten. Die aktuellen Entwicklungen infolge der Deregulierung der Arbeitsmärkte führen darum auch hier zu verstärktem Druck auf die Beschäftigten. Es gibt Hinweise darauf, dass die Zwänge des globalen Wettbewerbs in den grünen Wirtschaftszweigen des produzierenden Gewerbes besonders ausgeprägt sind.

Insgesamt bedeutet dies, dass eine Transformation dieser Sektoren auf der Grundlage der Vorstellungen der Grünen über einen ganzheitlichen Wandel des Wirtschaftssystems alles andere als einfach zu bewerkstelligen ist. Die Ökologisierung fördert nicht automatisch menschenwürdige Arbeit, insbesondere nicht für Frauen, wenn Gelder aus Kosteneinsparungen, die bei einer ökologischen Produktion möglich werden, nicht in die Verbesserung der Arbeitsbedingungen und Qualifizierung der Beschäftigten reinvestiert werden. Die entscheidenden Fragen müssen folglich anders gestellt werden, auch unter dem aktuell herrschenden Paradigma, dass ‚grüne‘ Arbeitsbedingungen nach wie vor als Kostenfaktor und nicht als Investition angesehen werden. Es geht nicht nur darum, ob und wie eine ökologische Entwicklung ‚gute Arbeit‘ im Sinne menschenwürdiger Arbeit fördern kann, sondern gerade auch darum, wie gute Arbeitsbedingungen und ökologische Entwicklungen durch politische Vorgaben des Green New Deal miteinander verknüpft werden können.

Die geringe Zahl von Frauen in Entscheidungspositionen und auf den höheren Etagen der Unternehmen ist der sichtbarste Indikator des Androzentrismus in Arbeitsstrukturen, Normen und Überzeugungen sowie in Arbeitskulturen, die Menschen

ausschließen, wenn sie nicht den erwarteten Werten und Verhaltensmustern der derzeitigen Leistungs- und Produktionssysteme entsprechen. Das schließt nicht nur Frauen oder Männer mit aktiver familiärer Verantwortung aus, sondern auch häufig Frauen und Männer, die andere Lebensprioritäten als Erwerbsarbeit und ihre berufliche Karriere haben. Zum einen diskriminiert dieser Wirkungsmechanismus Frauen, zum anderen bringt er zusätzlich das Problem mit sich, dass Sektoren mit stark androzentrischen Arbeitskulturen für Frauen, aber auch für Männer, die bestimmte stereotype Verhaltensmuster nicht erfüllen, wenig Attraktivität besitzen. Damit werden wichtige Potenziale zur ökologischen Wende verschenkt. Geschlechtergerechtigkeit kann deshalb als einer der Indikatoren für ‚gute Arbeit‘ betrachtet werden, welcher die Qualitätskriterien der Grünen erfüllt.

Falls sich die Bedingungen in grünen Wirtschaftszweigen so verändern, dass sie

1. die wenigen in diesen Sektoren berufstätigen Frauen nachhaltig binden,
2. attraktiv für Personen sind, die Beruf und Familienarbeit aufeinander abstimmen müssen, also für viele Frauen und besonders für Männer, die gleichzeitig beruflichen wie familiären Anforderungen und Bedürfnissen gerecht werden wollen,
3. Frauen (und Männern) auch am unteren Ende der beruflichen Hierarchie die Möglichkeit eines angemessenen Einkommens und damit Lebensstandards eröffnen,

dann wären die Arbeitsbedingungen so gestaltet, dass nicht nur die Produkte, sondern auch die Produktionsprozesse einschließlich der ArbeitnehmerInnenrechte, der Arbeitsbedingungen und die Heterogenität der Belegschaft in einem umfassenden Sinne ‚grün‘ werden.

Empfehlungen

Betrachtet man die Möglichkeiten und Gefahren, die ein ökologischer Umbau in diesen Sektoren für männliche Arbeitnehmer mit sich bringt und zugleich die dort vorherrschende androzentrische Kultur, so wird die Frage nicht leicht zu beantworten sein, wie sich diese Wirtschaftszweige Frauen gegenüber öffnen können. Dies muss im Einzelnen in einer kontextspezifischen Weise beantwortet werden, da der Männer-Frauen-Anteil bei Universitätsabschlüssen in Ingenieurwissenschaften von Land zu Land ganz unterschiedlich ausfällt. Zu den Vermächtnissen der postsozialistischen Länder gehört es beispielsweise, dass berufliche Geschlechter-Normen und vergeschlechtlichte Vorstellungen von Technologien weniger polarisiert sind, sodass es für junge Frauen einfacher ist, sich für ein technisches Studium zu entscheiden. Allerdings gibt es in diesen Ländern im Zuge der nationalen, nichtsozialistischen Identitätsentwicklung auch eine Tendenz zur Retraditionalisierung der Geschlechterverhältnisse.

Zu empfehlen ist deshalb, ein Monitoring der grünen Wirtschaftszweige und Betriebe einzuführen, welches folgende Aspekte beinhaltet:

- nach Geschlechtern differenzierte Daten für alle statistischen Beschäftigungsgrößen einschließlich Informationen über Selbstständigkeit, vertragliche Bedingungen, Arbeitszeiten, Löhne, Qualifikationsebenen und Hierarchien,
- Indikatoren für ‚gute Arbeit‘ unter Berücksichtigung der Bedarfe privater Bedürfnisse und Verantwortlichkeiten (Möglichkeiten der Wahrnehmung familiärer Verpflichtungen, Opportunitätskosten durch Mutterschaft bzw. Elternschaft usw.),

- ein Monitoring der Geschlechterverhältnisse als Grundlage für eine gleichstellungsorientierte Politik und Gender Mainstreaming sowie ein Monitoring der politischen Maßnahmen zur Gleichstellung der Geschlechter.

Anti-Diskriminierungs- und Gleichstellungspolitik sollte eingeführt bzw. verstärkt werden und ihre Umsetzung zur notwendigen Bedingung für den Erhalt öffentlicher Mittel und für die Berücksichtigung bei der öffentlichen Auftragsvergabe gemacht werden. Empfohlene Umsetzungsmaßnahmen sind:

- genderbezogenes Tutoring und Coaching für alle EntscheidungsträgerInnen in Programmen, die Sensibilisierungs- und Aufklärungsarbeit für grüne Themen leisten,
- Einführung und Durchsetzung bewährter Instrumente zur Verhinderung von Diskriminierung bei Einstellungen und bei dem Ermöglichen von Karrierechancen,
- Durchsetzung der Chancengleichheit bei Ausbildung, Fortbildung und beruflicher Weiterbildung im Betrieb durch verbindliche Quoten,
- Sicherstellen beruflicher Aufstiegschancen und guter Arbeitsbedingungen unabhängig vom Beschäftigungsstatus (z.B. Teilzeit, Führungspositionen usw.) sowie
- Integration der Themen Gleichstellung und Antidiskriminierung in alle Ausbildungs- und Bildungsprogramme des Green New Deal.

Darüber hinaus sollte Gender Mainstreaming bei der Politik- und Programmentwicklung angewendet werden, um androzentrische Verzerrungen zu verhindern:

- Überprüfen der Auswahl der für den ökologischen Umbau von Gesellschaft und Wirtschaft in Betracht gezogenen Sektoren und Berufe,
- Berücksichtigung von ArbeitgeberInnen aus dem nichtverarbeitenden Gewerbe, besonders solcher mit Bedeutung im sozialen Bereich, um alle Dimensionen der Beschäftigung für den Green New Deal ausloten zu können,
- Spezifizierung und Definition von Politikoptionen, für die bisher nicht berücksichtigten Berufe und Wirtschaftszweige,
- Entwicklung einer schlüssigen Argumentation für die Beteiligung von Frauen als Effizienzerfordernis,
- Entwicklung eines engagierten und sichtbaren Standpunktes der Grünen zur Geschlechtergleichstellung im Green New Deal,
- Integrieren und Etablieren von Genderkompetenz und Gendersensibilität als Qualitätskriterium für Forschung und Monitoring und als fester Bestandteil aller Forschungs- und Monitoringtätigkeiten im Zusammenhang mit der Beschäftigungspolitik des Green New Deal.

Aspekte zur Modernisierung einer grünen Arbeitsmarktpolitik:

- Sicherstellen von Work-Life-Balance für alle, wobei Männer explizit als Zielgruppe anzusteuern sind (Etablieren und Eröffnen alternativer, diverser Arbeitskulturen besonders auf den Entscheidungsebenen der Unternehmen),
- Sicherstellen der ArbeitnehmerInnenrechte unabhängig vom gewerkschaftlichen Organisationsgrad des Betriebes oder des Wirtschaftszweigs, z.B. durch Arbeitsrechte und Arbeitsnormen, Mindestlöhne usw.,
- Durchsetzen von Antidiskriminierungsmaßnahmen in allen Teilen des Arbeitsmarktes, vor allem in denjenigen mit geringem gewerkschaftlichen Organisationsgrad,

- Förderung ‚atypischer‘ Arbeitsmodelle (Teilzeitarbeit, Zeitarbeit usw.) nur bei Gewährleistung sicherer und guter Arbeitsbedingungen sowie Gewährleistung existenzsichernder Bedingungen für „atypische“ Jobmodelle.

Zur Modernisierung der Bildungs- und Ausbildungssysteme und zur Aktivierung bzw. zum Erhalt des weiblichen Potenzials:

- Mädchen als zukünftige Ingenieurinnen als Zielgruppe sehen,
- Interesse von Mädchen durch die Entwicklung von Studiengängen wecken, die durch Fächer zur Umwelt- und Technik-Folgenabschätzung vervollständigt werden,
- Wiederbelebung eines gesellschaftlichen Klimas, in der die Ausbildung weiblicher Ingenieure Normalität und Tradition war (z.B. in postsozialistischen Ländern, wo dies zum Teil noch der Fall ist oder reaktiviert werden kann), begleitet durch eine gute Arbeitsregulierung,
- Fokussierung politischer Programme auf Länder und Regionen mit einem Potenzial für hohe Frauenbeteiligung (z.B. mit weniger segregierten Arbeitsmärkten in den technischen Berufen),
- Sicherung von Chancengleichheit bei der innerbetrieblichen Aus- und Fortbildung,
- Entwicklung innovativer Arbeitsmarktinstrumente zur Förderung einer umfassenden umweltorientierten und sozial nachhaltigen Ausrichtung des Arbeitsmarktes.

Weiterführende Anmerkungen und Überlegungen:

- Sich auf Gewerkschaften oder die gewerkschaftliche Organisierung zu verlassen, kann nur ein zweitrangiger Teil der Strategie sein, da die gewerkschaftliche Organisierungsrates in den relevanten Wirtschaftszweigen gering ist. Die Stärkung der Rechtsnormen ist deshalb unverzichtbar.
- Die Finanzkontrolle industriepolitischer Maßnahmen sollte als verbindliche Verpflichtung Normen für gute Arbeit und Geschlechtergleichstellung enthalten.
- Denkfabriken und innovative Arbeitsstrukturen, die technische Fähigkeiten mit der Fähigkeit zur Folgenabschätzung verbinden, sollten gefördert werden, z.B. auch in der Form von frauenspezifischen Universitätsprogrammen.
- Die Gleichstellungsvorgaben und deren Kontrolle im Europäischen Sozialfonds (ESF) sollten in allen technologieverwandten Bereichen weiterentwickelt und gestärkt werden.
- Gender Budgeting sollte als integraler Bestandteil der Kontrolle von ESF-Mitteln insbesondere in den technologieverwandten Bereichen angewendet werden.

Literaturauswahl

Green European Foundation (GEF) (2009): A Green New Deal for Europe. Towards green modernisation in the face of crisis, Green New Deal Series, Bd. 1, ein Bericht des Wuppertaler Instituts für Klima, Umwelt und Energie.

Röhr, Ulrike/Ruggieri, Deborah (2008): Erneuerbare Energien – ein Arbeitsmarkt für Frauen!, hg. v. Life e.V.

Smith, Mark (2011): Analysis Note Green jobs: a case for gender equality? EGGE – European Network of Experts on Employment and Gender Equality issues, Fondazione G. Brodolini, April 2011, Analysevermerk für die Europäische Kommission, Generaldirektion Beschäftigung, Soziales und Chancengleichheit.

C. Zur Mobilitätsdimension des Green New Deal

Die folgenden Kommentare befassen sich mit dem Teil „Transforming Europe's Industry. An Industrial-Sectors Snapshot, 3. The Transport Sector: towards smart mobility“ des Strategiepapiers „The Industrial Dimension of the Green New Deal“.³

Gender-Aspekte von Mobilität

Mobilität ist ein gleichstellungsrelevantes Thema, denn zum einen unterscheiden sich Männer und Frauen bei der Nutzung von Verkehrsmitteln und den Fahrtzwecken und zum anderen hängt Mobilität auch von den Geschlechterrollen ab, die während unterschiedlicher Lebensphasen eingenommen werden. Es folgt eine kurze Aufzählung der Genderdifferenzen bei der Partizipation an Mobilität und bei den Fahrtzwecken und der Wahl der Verkehrsmittel:

Partizipation

- Die Beschäftigung im Verkehrssektor ist extrem nach Geschlechtern segregiert – bis zu 90% der vorhandenen Beschäftigungsmöglichkeiten werden männlichen Arbeitnehmern angeboten (WISE 2011).
- Mobilität und Städteplanung sowie Entscheidungsstrukturen in diesen Bereichen sind männerdominiert.
- Genderkompetenz in Forschung, Planung und Entscheidungsfindung ist marginalisiert oder gar nicht erst vorhanden.
- Instrumente für eine genderkompetente Planung und Entscheidungsfindung (gleichstellungsorientierte Folgenabschätzung, Gender Budgeting) werden kaum implementiert oder eingesetzt.

Fahrtzwecke und Wahl der Verkehrsmittel

- Es gibt allgemein eine verzerrte und einseitige Wahrnehmung der Fahrtzwecke. So werden Fahrten zur Arbeit als Hauptzweck angesehen, nach empirischen Befunden sind diese jedoch nicht so relevant wie die wesentlich komplexere ‚Alltagsmobilität‘. In Deutschland entfallen beispielsweise nur 15% des Verkehrsaufkommens auf arbeitsbedingte Fahrten. Versorgungszwecke wie Einkaufen und Lieferfahrten bringen es hingegen auf einen Anteil von 34%. Wenn Privatzwecke – wie z.B. Begleitfahrten für Kinder zu Freizeitaktivitäten – mit eingeschlossen werden, steigt der Anteil sogar auf 56%. Der Verkehr, der mit der unbezahlten privaten Care-Ökonomie verbunden ist, hat demzufolge empirisch gesehen für das reale Leben eine wesentlich höhere Relevanz als die Fahrten zum Arbeitsplatz und zurück. Dieses Szenario wird auch zukünftig Bestand haben.⁴
- Fahrtzwecke sind ebenfalls genderspezifisch. Männer nutzen Autos, um zur Arbeit zu fahren oder ihren Freizeitaktivitäten nachzugehen. Frauen hingegen nutzen für ihre Fahrten zum Arbeitsplatz wesentlich öfter öffentliche Verkehrsmittel, während sie mit dem Auto Familienmitglieder transportieren und ihre Aufgaben im Rahmen der Care-Ökonomie wahrnehmen.
- Die Mehrheit der europäischen Bevölkerungen hat keinen PKW zur Verfügung, und die Gruppe der Fahrzeughalter ist männerdominiert: Selbst in der ‚Fahrzeug-Nation‘ Deutschland sind ca. 2/3 aller FahrzeugbesitzerInnen Männer. In Europa sind sogar mehr als 70% männlich.

³ Ich möchte Bente Knoll (KnollSzalai – Technisches Büro für Landschaftsplanung und Unternehmensberatung, Wien) für die Kommentierung dieses Kapitels danken.

⁴ Vgl. BMVBS (2007): Entwicklung des gesamten Personenverkehrs nach Fahrtzwecken, Tabelle 0–3, S. 7.

- Geschlechtsspezifische Unterschiede bei der Fahrzeugnutzung sind in jüngeren Altersgruppen geringer.
- Die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel ist frauendominiert: 60% der NutzerInnen öffentlicher Verkehrsmittel sind weiblichen Geschlechts.
- Im Allgemeinen sind Frauen die Gruppe mit dem höchsten Potenzial, in Zukunft einen größeren Anteil an der Automobilnutzung zu erreichen. Ältere Menschen, aber besonders Frauen, erreichen einen zunehmend höheren Anteil an FahrzeugbesitzerInnen (MiD 2008).
- Autokäuferinnen, die traditionell eher umweltfreundliche Fahrzeuge mit niedrigen Verbrauchswerten bevorzugt haben, folgen heute verstärkt einem eher Männern zugeschriebenen Kaufverhalten, sich für größere und schnellere Autos zu entscheiden. Sie ‚holen auf‘, was den Erwerb von Führerscheinen und den Kauf von Fahrzeugen angeht.
- Junge Männer sind eine Hochrisikogruppe für tödliche Verkehrsunfälle.
- Ein mit Männlichkeit assoziiertes Fahrverhalten (schnelle Fahrweise, Alkoholkonsum) ist eine Hauptursache (tödlicher) Verkehrsunfälle.

Ein vollständiges Bild von Mobilität

Eine geschlechtergerechte Sichtweise der Mobilität und des Verkehrs sollte von nicht androzentrismen ausgehen. Statt sich in erster Linie mit den Mobilitätsanforderungen eines auf freien Märkten basierenden Wirtschaftsmodells mit einem (männlichen) Pendler zwischen Wohnung und Arbeitsplatz und einem öffentlichen Verkehrssystem zu befassen, das nur als Alternative und Ersatz für die individuelle Mobilität konzipiert wurde, sollten andere realitätsnähere Konzepte im Vordergrund stehen. Mobilität sollte auch und gerade als Bewegung zwischen mehreren, nicht linear miteinander verbundenen Orten angesehen werden, als Bewegung mit simultaner und nicht nur konsekutiver Zweckbestimmung und deshalb als eine Notwendigkeit, die nicht nur auf die Hauptverkehrszeiten beschränkt ist, sondern auch andere Zeitspannen umfasst, wie das Wochenende und die Abendstunden, und so auch Lebensphasen ohne bezahlte Beschäftigung berücksichtigt.

In den Papieren zum Green New Deal werden strukturelle Ungleichheiten und diskursive Voreingenommenheiten dadurch aufrechterhalten, dass ein eindeutiger Schwerpunkt auf dem Flugverkehr, auf mittleren und langen Strecken und auf dem Straßenverkehr liegt. Auf diese Weise wird die Mehrheit der Bevölkerung marginalisiert, die nicht motorisiert ist (vgl. Radanne 2011, S. 22). Elektroautos mögen innerhalb der Logik des Individualverkehrs zwar ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung sein, sie stellen aber keinesfalls eine Lösung für die Gesamtbevölkerung dar, da das Auto tatsächlich nur einer Minderheit zur Verfügung steht. Die Möglichkeit, Videokonferenzen abzuhalten, gehört hingegen zu einer der wenigen für mittlere Entfernungen vorgeschlagenen Alternativen im Strategiepapier, sie ist jedoch nur für die Geschäftswelt als spezielle Zielgruppe relevant. Andere Reisezwecke, die sozial oder familiär motiviert sind oder in die Kategorie Tourismus fallen, werden kaum angesprochen. Auch hier scheinen die Grünen die vorherrschenden Diskurse zu übernehmen, die sich vorrangig mit der Geschäftswelt mittlerer und großer Wirtschaftsunternehmen befassen. Andere Bereiche der Wirtschaft und Gesellschaft finden wenig oder gar keine Beachtung. Innovative Konzepte und Systeme für das Mobilitätsmanagement, die den öffentlichen Verkehr finanziell und ökologisch stärken können, die Mobilität in ländlichen Regionen sicherstellen und Lösungen für eine kollektive Mobilität fördern, werden trotz ihrer hohen Relevanz für die Mehrheit der Bevölkerung, der tendenziell steigenden Nachfrage (besonders in den jüngeren Altersgruppen) nach öffentlichen Verkehrsmitteln und der Notwendigkeit des

Gegensteuern gegen negative Trends (vgl. Radanne 2011, S 21 ff.) nicht erwähnt – all dies sind aber relevante Aspekte für Ökologie und Geschlechtergerechtigkeit.

Auch negative Aspekte der Mobilität, wie z.B. ‚erzwungene‘ oder ‚erforderte‘ Mobilität, sollten Aspekte eines grünen Mobilitätskonzepts sein. Große Entfernungen sowie lange Fahrt- und Abwesenheitszeiten von zu Hause, um zum Ort der Arbeit (oft einer prekären Arbeit) zu gelangen, sind hierfür ein Beispiel. Ein extremer Fall ist die frauendominierte Ost-West-Migration von Arbeitskräften für die Pflege und Betreuung von Personen in Privathaushalten (Care-Ökonomie). Hier wird die Mobilität erzwungen durch soziale und wirtschaftliche Probleme, mit denen vor allem Frauen konfrontiert sind. Gleichzeitig entstehen durch diese Migrationserfordernisse neue schwerwiegende soziale Probleme in den Heimatländern der Migrantinnen. In diesem Zusammenhang sollten auch übertriebene Mobilitätsanforderungen in hochbezahlten, männerdominierten Sektoren (z.B. in der Unternehmensberatung) mit dem Ideal der Hypermobilität (als männlich konnotierte Freiheit) sowie das Propagieren einer unbegrenzten Mobilität als Zugehörigkeitssymbol zu einer bestimmten Elitegruppe infrage gestellt werden.

Ein umfassend grünes Mobilitätsmanagements sollte folgende Prioritäten setzen:

- **Alltagsmobilität statt Einweckmobilität,**
- **öffentliche Verkehrsmittel und Verteilung des Verkehrsaufkommens auf unterschiedliche Verkehrsmittel (Modal Split) statt eines motorisierten Individualverkehrs,**
- **Entschleunigung als neues Zeitparadigma statt einer weiteren unhinterfragten Beschleunigung,**
- **regionale und Nahverkehrsmobilität statt Langstrecken- und Fernverkehrsmobilität.**

Empfehlungen

Die im Strategiepapier der Grünen enthaltenen Vorschläge entsprechen den ambitionierten Strategien zur Lösung der Umweltprobleme, sie stehen jedoch nicht im Zusammenhang mit den Zielsetzungen in den Bereichen Geschlechtergerechtigkeit und soziale Gerechtigkeit. Da die Genderfrage in der Mobilitätsthematik eine große Rolle spielt, aber nicht einmal in den umweltorientierten Vorschlägen zum Tragen kommt, ist an dieser Stelle ein zentraler Mangel angezeigt. Denn das geschlechtsspezifische Ungleichgewicht, das bei der Auswahl der Transportmittel, der Zielgruppen und Themen sowie der Festsetzung von Prioritäten deutlich wird, hat Auswirkungen darauf, wohin, welche Ressourcen, wie z.B. intellektuelle Kapazitäten und Finanzen, gelenkt werden und was dabei vernachlässigt wird. Es ist deshalb entscheidend, ein umfassendes grünes und damit auch geschlechtlich ausgewogenes Mobilitätskonzept zu entwickeln, das den Interessen aller Menschen entspricht. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Aufgabe, folgende Aspekte eines grünen Mobilitätskonzeptes zu entwickeln:

Diskursiver, ordnungspolitischer Rahmen sowie Mittel zur Entscheidungsfindung:

- Verständnis von und Diskussion der Mobilität als Alltagsbedürfnis, soziales Recht und öffentliche Aufgabe und nicht als Handelsware.
- Sicherstellen optimaler Einsatzbedingungen für Transportmittel, bei denen das Risiko eines Marktversagens besteht (z.B.: Schienenverkehr u. Binnenschiffahrt; vgl. Pällmann 2009) und Garantie einer in sich schlüssigen, sozialorientierten Regulierung.
- Aufwertung des Personennahverkehrs zu einem Kernanliegen mit hoher Relevanz entsprechend seiner tatsächlichen Bedeutung und seiner Aufgabe der Beförderung von Personengruppen, die bei den Grünen einen besonderen

Stellenwert haben (Landbevölkerung, Pflegende, Kinder und ältere Menschen, lokale Unternehmen).

- Explizite Unterscheidung zwischen dem Mobilitätsbedarf in der Stadt und dem auf dem Land; Entwickeln unterschiedliche Konzepte mit Fokus auf die tatsächlichen Interessen der verschiedenen Zielgruppen sowie Berücksichtigen von Maßnahmen entsprechend einem weniger androzentrischen städtisch geprägten Mobilitätskonzept, z.B. Beurteilung der Qualität der Eisenbahninfrastruktur nicht nur nach der Länge des Schienennetzes in km, sondern auch nach dessen Dichte (z.B. km/1000 km², Radanne 2011, S. 25).
- Die Zusammenarbeit zwischen den für Stadt, Vororte und Region zuständigen Behörden, ArbeitgeberInnen und staatlichen Stellen (z.B. mit Zuständigkeit für Beschäftigung, Gesundheit u. Pflege, Bildung usw.) sollte verstärkt werden, um besser Bedürfnisse zu erkennen und Mobilitätspläne zu entwickeln.
- Die Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT) sollte für eine an ökologischen Interessen ausgerichtete Mobilität (ohne bestimmte Vorfestlegungen und nicht beschränkt auf Videokonferenzen) genutzt werden. In das Mobilitätskonzept ist dabei die ‚virtuelle Mobilität‘ miteinzubeziehen, besonders im Hinblick auf die Mobilität der Landbevölkerung. Es gibt demographische Trends die darauf hindeuten, dass zukünftig in manchen Gebieten vor allem ältere Frauen und jüngere Männer die Bevölkerung auf dem Land stellen werden. Gleichzeitig sind in gering bevölkerten Gebieten in Zukunft Probleme mit der Dienstleistungsinfrastruktur zu erwarten (z.B. ärztliche Versorgung, Einkaufsmöglichkeiten, kulturelle Aktivitäten usw.). Für ländliche Zielgruppen sollte daher die virtuelle Mobilität als ein Thema mit hoher Gender- und Umweltrelevanz entwickelt werden. Globale Mobilität ist im Kontext der Kapitalmärkte durch IKT inzwischen in aller Munde, aber auch das Mobilitätskonzept muss um die IKT-Dimension erweitert werden, erfüllt sie doch einige physische Mobilitätsfunktionen mit ökologisch und sozial positiven Wirkungen. Die Bedeutung des Aufbaus einer Infrastruktur für die IKT ist vergleichbar mit dem Aufbau einer Infrastruktur für Telefone, Stromversorgung, Kanalisation oder Schienennetze in früheren Zeiten. Die Nationalstaaten und die Europäische Union tragen eine wesentliche Verantwortung für diese Art der neuen Mobilität, denn allein marktbestimmte Lösungen werden zur Folge haben, dass Regionen abgehängt und bestimmte Bevölkerungsgruppen von der Teilnahme ausgeschlossen bleiben.
- Um Änderungen zu bewirken, gilt es, auf diskursiv und ideologisch umkämpften Feldern Stellung zu beziehen (vgl. auch Radanne 2011, S. 27); beispielsweise mit einer Analyse der Strategien der Automobil-Lobby, welche „Symbolik und Verhaltensweisen entsprechend ihren Interessen formt“ (ebd., S. 23). So präsentiert sie Fahrzeuge als Schlüssel zu Autonomie, Freiheit, Ungebundenheit und Macht und stellt eine emotionale Bindung zwischen Fahrzeugnutzer und Maschine her (ein aktuelles Beispiel liefert die Sozialisierung von Kindern durch Filme über ‚lebende Autos‘). Sie führt damit eine „intensive erzieherische Initiative auf der gemeinsamen Gemeinschaftsebene und der europäischen Ebene gleichermaßen“ (ebd.) durch. Diese Strategien haben in erster Line Frauen als Zielgruppe im Visier, da deren Anteil an der motorisierten Mobilität zunimmt und die Mobilitätspräferenzen von Männern und Frauen konvergieren. Die gewonnenen Erkenntnisse sollten gewinnbringend zur Förderung eines modernen Images für den öffentlichen Verkehr eingesetzt werden.
- Ein ebenso wichtiges Thema ist die Frage der Städte- und Verkehrsplanung, die als zentrales Thema der Grünen für die demokratische BürgerInnenbeteiligung anerkannt werden muss (wie dies z.B. in Deutschland

bereits geschehen ist). Die Beteiligung von Frauen an partizipativen Planungsprozessen muss dabei gewährleistet werden.

- Die Beteiligung von Frauen und die Berücksichtigung genderkompetenter Erkenntnisse bei der Städte- und Verkehrsplanung sowie -forschung muss sichergestellt werden.
- Ein an Gleichstellung orientiertes Mobilitäts-Know-how sollte systematisch in Politik- und Umsetzungsprozesse integriert werden, indem Genderkompetenz bei Konsultationen und Planungen zu einem Qualitätskriterium der Beschaffungspolitik gemacht wird.

Implementieren von Gender Budgeting:

- Es sollte ein Budgetierungssystem zur Berechnung der tatsächlichen Kosten der aktuellen Transportsysteme unter umfassender Verwendung des Gender Budgetings entwickelt werden. Dabei ist der Opportunitätskosten-Ansatz anzuwenden der aktuelle Kosten einschließlich Zeitkosten und Gesundheitskosten (Gesundheitsprobleme, Verletzungen, Todesfälle) mit den Kosten alternativer Verkehrskonzepte vergleicht. Weiterhin ist genau zu prüfen, wer welchen ‚Preis‘ zu zahlen hat (z.B. Gesundheitsprobleme in Gebieten mit einem hohen Anteil an motorisiertem Individualverkehr).
- Verbot der „internen Mittelverlagerung“, bei der VerschmutzerInnen finanziell belastet werden, diese Mittel aber wieder zu ihrem Nutzen verwendet werden. Für die Geschlechtergerechtigkeit ist dies von hoher Relevanz, wenn z.B. Steuern auf bestimmte Transportmittel für die Instandhaltung der Straßen verwendet werden. Die Einnahmen des Staates aus diesen Quellen sollten für die Entwicklung alternativer Transportinfrastrukturen verwendet werden, d.h. für öffentliche Verkehrsmittel, städtische Radfahrprojekte usw. zum Nutzen von Männern und Frauen gleichermaßen.
- Die weitere Verlagerung von Ressourcen aus dem Nahverkehr zugunsten des Mittel- und Langstreckenverkehrs sollte vermieden werden, insbesondere im Hinblick auf Zugverbindungen.
- Die zentrale Bedeutung alternativer Konzepte für die Finanzierung des öffentlichen Verkehrs in Zeiten des Abbaus staatlicher Subventionen und öffentlicher Trägerschaft sollte in den Mittelpunkt gerückt werden.
- Ideen zur Modernisierung von Fahrzeugflotten sollen explizit auch für öffentliche Verkehrsmittel gelten (so war die Abwrackprämie z.B. eine verpasste Gelegenheit, auch die Fahrzeugflotten von Organisationen und Kommunen zu modernisieren, z.B. für Sozialprojekte eingesetzte Busse, Stadtbusse usw., vgl. Kuhl 2010).
- Es sollte sichergestellt werden, dass die Kosten für die Internalisierung von Umweltkosten nicht zu einer Externalisierung sozialer Kosten führt (z.B. durch Senkung der Sozial- und Sicherheitsstandards für Beschäftigte und Passagiere in der Luftfahrt).

Literaturauswahl

Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) (2007): Prognose der deutschlandweiten Verkehrsverflechtungen 2025, Kurzfassung, FE-Nr. 96.0857/2005, INTRAPLAN Consult GmbH und Beratergruppe Verkehr + Umwelt GmbH.

Eurostat (komplette statistische Datenbank der Europäischen Kommission): http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/transport/data/main_tables.

Houtman, Irene (2004): EU road freight transport sector. Work and employment conditions, verfügbar unter: www.eurofound.europa.eu/publications/htmlfiles/ef03102.htm, abgerufen am 10.05.2012.

Knoll, Bente/Szalai, Elke (2009): VCÖ-Projekt. Gender Gap im Verkehrs- und Mobilitätsbereich. Hintergrundbericht, hg. v. VCÖ, Wien; verfügbar unter: www.mobilservice.ch/mobilservice/akten/mobilitaet/news-datenbank.html?&fa_download_generalfolder_file_2417, abgerufen am 07.05.2012.

Knoll, Bente/Szalai, Elke (2008): Frauenwege – Männerwege. Entwicklung von Methoden zur gendersensiblen Mobilitätserhebung, Forschungsarbeiten aus dem Verkehrswesen, Bd. 175, BMVIT, Wien.

Kuhl, Mara (2010): Wem werden Konjunkturpakete gerecht? Eine budgetorientierte Gender-Analyse der Konjunkturpakete I und II, Reihe: WiSo Diskurs. Expertisen und Dokumentationen zur Wirtschafts- und Sozialpolitik, hg. v. Friedrich-Ebert-Stiftung; verfügbar unter: <http://library.fes.de/pdf-files/wiso/07230.pdf>, abgerufen am 07.05.2012.

Mobilität in Deutschland (MiD) (2008): www.mobilitaet-in-deutschland.de/02_MiD2008/index.htm.

Pällmann, Wilhelm (2009): Verkehr finanziert Verkehr. 11 Thesen zur Nutzerfinanzierung der Verkehrsinfrastruktur, hg. v. Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn.

Radanne, Pierre u.a. (2011): A Sustainable Future for Transport [NOW!], hg. v. Green European Foundation (GEF), Green New Deal Series, Bd. 5.

WISE Project: Women Employment in Urban Public Transportation Sector, verfügbar unter: www.wise-project.net/pages/index1.html, abgerufen am 16.05.2012.

D. Zur ökonomischen Dimension des Green New Deal

Die folgenden Kommentare befassen sich mit dem Strategiepapier: „The macro-economic and financial framework of the Green New Deal“.

Missing Links in der Volkswirtschaft

Die wirtschaftlichen und industriellen Dimensionen des Strategiepapiers der Grünen enthalten eine Diskussion allgemeiner Aspekte wirtschaftlicher Instrumente. Einige davon sind für die Geschlechtergleichstellung und die Geschlechtergerechtigkeit von grundlegendem Interesse, auch wenn diese Bedeutung hier nicht explizit sichtbar wird. Die feministische Ökonomie hat durch die Arbeit mit Wirtschaftskonzepten, die die private Haushaltsökonomie und die Care-Ökonomie beinhalten, deutlich gemacht, wie eine gendersensible ökonomische Analyse entwickelt werden kann. Die Care-Ökonomie stellt die Dienstleistungen und Produkte zur Verfügung, die die Reproduktion und Entwicklung der Gesellschaft durch Pflege, Fürsorge, Bildung, Integration und Erziehung sicherstellt. Diese Verrichtungen in der Care-Ökonomie bilden die Grundvoraussetzung für jede soziale Aktivität, sie finden in der privaten Haushaltsökonomie als unbezahlte Arbeit statt sowie im öffentlichen Sektor und in der Privatwirtschaft als – meist schlecht – bezahlte Arbeit. Die Care-Ökonomie mit ihren Dienstleistungen und Produkten, die den Menschen in den Mittelpunkt stellt, ist frauendominiert. Sie folgt weitgehend nicht der marktwirtschaftlichen Logik der Gewinnmaximierung, da das Verhältnis von Arbeitseinheiten zu Zeiteinheiten nicht wesentlich rationalisiert werden kann, um Gewinne zu maximieren (z.B.: die Menge der von einem Lehrer vermittelten Bildungsinhalte pro Unterrichtseinheit oder die Anzahl der von einer Altenpflegerin gewaschenen Personen pro Stunde). Pflegearbeit wird zudem oft unterbewertet und unterbezahlt. Die Bedeutung der Care-Ökonomie für das Wohlergehen der Gesellschaft, die dadurch eingesparten Opportunitätskosten (z.B. durch die Verhinderung von Kriminalität und sozialem Zerfall) sowie ihr Status als Voraussetzung für die wirtschaftliche Entwicklung (z.B. im Bildungsbereich) werden in der Regel nicht berücksichtigt.

Die private Haushaltsökonomie muss systematisch als Bestandteil der Volkswirtschaft betrachtet werden, die bisher nach allgemeiner Lesart lediglich aus der privaten Wirtschaft und dem öffentlichen Sektor besteht. Erst dann wird das Gesamtbild der Produktion ökonomischen, ökologischen und sozialen Wohlstands sichtbar. Bereiche marktwirtschaftlicher (private gewerbliche Wirtschaft) und nicht-marktwirtschaftlicher Art (öffentlicher Sektor, private Haushalte) stehen in einer Wechselbeziehung zueinander und sind voneinander abhängig. Veränderungen in dem einen Bereich, wie z.B. Einsparungen oder zusätzliche Ausgaben, werden unweigerlich Auswirkungen auf den anderen Bereich haben. Für Deregulierungen im Marktsektor fallen im nicht-marktwirtschaftlichen Bereich Kosten an. Dies gilt insbesondere für die private Haushaltsökonomie, welche auf einer nichtmonetären Grundlage mit dem Faktor Zeit Produkte herstellt und Dienstleistungen erbringt. Als Beispiel für die Interdependenzen sei die Übertragung unternehmerischer Risiken auf die ArbeitnehmerInnen mit dem Effekt der Einkommensminderung, also ‚materieller Verarmung,‘ genannt. Daraus folgt der Druck zur Ausweitung der Erwerbstätigkeit mit dem Ergebnis ‚zeitlicher Verarmung‘: Das Zeitkontingent für die Familienarbeit verknüpft sich, so dass sich entsprechend die privaten Kapazitäten für Investitionen in Pflege, Betreuung und Bildung für Erwachsene sowie für abhängige Familienmitglieder (z.B. Kinder) verringern. Als ein weiteres Beispiel kann die Verkürzung der Liegezeiten in Krankenhäusern angeführt werden, die im Rahmen von Kosteneinsparprogrammen im öffentlichen Gesundheitswesen durchgesetzt werden. Hier wird von der Annahme ausgegangen, dass es ‚zu Hause‘ schon jemanden geben wird, der sich um die Pflege der kranken Person kümmert.

In den vergangenen Jahrzehnten hatte die Deregulierung des Arbeitsmarktes zur Folge, dass die öffentlichen Haushalte (z.B. durch Lohnsubventionierung und Sozialhilfe zur Verhinderung von Armut trotz Erwerbstätigkeit) und die Privathaushalte (z.B. Gesundheitsprobleme und die damit verbundene Pflege, geringere Investitionen in die auf den Menschen ausgerichtete Haushaltsproduktion, Ausgleich für gestrichene Sozialleistungen der Arbeitgeber) dafür einen sehr hohen Preis gezahlt haben.

Die Anpassungsstrategien in den unterschiedlichen Sektoren sind also mannigfacher Art, aber wie oben ausgeführt, gibt es keine Maßnahme in einem der drei Sektoren, die keine Auswirkungen auf die beiden anderen hätte. Ein umfassendes ökonomisches Modell muss deshalb alle drei Sektoren und ihre gegenseitigen Abhängigkeiten erfassen, und bei jeder Maßnahme muss die Frage gestellt werden: Wie werden sich Änderungen in einem der Bereiche auf die anderen auswirken? Dies zu fragen ist wichtig, um zu erreichen, dass der private Haushaltssektor mitberücksichtigt wird und dass sowohl die Kosten als auch die Lasten für diesen Sektor, in dem die Tätigen mit Hauptverantwortung meist weiblich sind, systematisch in die Folgenabschätzung politischer Maßnahmen miteinbezogen werden.

Es hat sich herausgestellt, dass ‚Zeit‘ eine wirkungsvolle analytische Messeinheit ist, um Folgen und Auswirkungen innerhalb der unterschiedlichen Sektoren zu erfassen, denn die wichtigste Währung in Privathaushalten ist die Zeit. Die Verteilung von Zeit als wertvollem Gut und die Aufteilung von Zeit auf bezahlte und unbezahlte Arbeit zwischen Frauen und Männer als Indikatoren zu erfassen, ist notwendig, um die (Um-)Verteilung von Nutzen, Gewinnen und Vorteilen innerhalb der Sektoren zurückzuverfolgen und soziales Wohlergehen messen zu können. Die Zeitverwendung ist ein Indikator für die Geschlechterbeziehungen in einer Gesellschaft.

Aussagekräftige Indikatoren für interdependente Beziehungen

Der im Strategiepapier zum makroökonomischen und finanziellen Rahmen des Green New Deal beschriebene Indikator lässt die Aufteilung in eine soziale und in eine marktwirtschaftliche Welt unangetastet, auch wenn die soziale Komponente der ‚Bildungsausgaben‘ hinzugefügt wurde. Das Beispiel der Berücksichtigung von Umweltkosten durch Erschöpfung der natürlichen Ressourcen sowie eine monetäre Bewertung der globalen Verschmutzung zeigt, dass die Darstellung besserer Indikatoren möglich ist. Sozialer Wohlstand muss in der gleichen Weise miteinbezogen werden wie ökologischer und dessen Konsum. Wenn jedoch soziale Aspekte nur in einem zusätzlichen Indikator zum Tragen kommen, der aber nicht in dem neuen, das BIP ersetzenden Indikator miteinbezogen wird, bleiben diese Kosten externalisiert und die in der realen Welt bestehenden gegenseitigen Abhängigkeiten können durch diesen Indikator dann nicht abgebildet werden.

Aus den Erfahrungen mit Deregulierungen im Wirtschaftssektor wurde deutlich, dass eine starke Leistung der privaten gewerblichen Wirtschaft erstens auf Kosten der Freiheit und sozialen Sicherheit der Privathaushalte gehen kann und zweitens die Fähigkeit des Staates, Einfluss auf die Grundlagen sicherer Einnahmen zu nehmen, schwächen kann. Gute Indikatoren spiegeln deshalb u.a. auch das Gleichgewicht zwischen den Sektoren wider, die für das Wohlergehen der Menschen und der Natur wichtig sind. Zudem müssen die Beiträge der nichtmarktbestimmten Sektoren zum Reichtum eines Landes – besonders diejenigen der privaten Haushaltsökonomie, die bisher aus allen Bereichen der Performance-Messung ausgeschlossen waren – systematisch in die Indikatorensysteme miteinbezogen werden. Dies sei an folgendem Beispiel erörtert:

Eine Option, den Beitrag dieser marktfernen Sektoren zum Wohlstand eines Landes zu messen, wäre die Ermittlung der Gewinne unter Verwendung eines Opportunitätskostenmodells, das ebenfalls zur Ermittlung des Gewinns sozialer Sicherheit und sozialer Investitionen geeignet ist. Man könnte beispielsweise die

Kosten, die dann anfallen, wenn Privathaushalte für Aufgaben wie Ernährung, Waschen, Putzen, Erziehen, Weitergabe kultureller Fähigkeiten sowie Pflege und Versorgung nicht aufkommen können, als Ausgaben für Gesundheit und Seuchenbekämpfung, für das Vermitteln kultureller Fertigkeiten wie Lesen und Schreiben sowie für Sozialprogramme und innere Sicherheit usw. kalkulieren.

Die Sozialinvestitionen der privaten Haushaltsökonomie und ihre Leistungen werden evident, wenn wir uns Länder mit schlechten Rahmenbedingungen für das Erreichen von Wohlergehen im privaten oder öffentlichen Bereich anschauen. Es sind die BürgerInnen, vor allem die Frauen, die den Preis für schlechte Ausgangsbedingungen, verursacht durch einen hohen Analphabeten-Anteil und unzureichender Bildung, für eine verschmutzte Umwelt und einen Mangel an Trinkwasser zahlen müssen. Wenn der Staat also schwach ist oder allein darauf abzielt, die Bedürfnisse und Interessen derjenigen zu bedienen, die zur aktiven Teilnahme an der Marktökonomie fähig sind (in diesem Fall die wirtschaftlich wohlhabenden BürgerInnen), dann wird der Preis dafür von armen Haushalten, insbesondere von Frauenhaushalten gezahlt.

Hier handelt es sich um die strukturellen Voraussetzungen für die Entwicklung eines geschlechtssensiblen Systems makroökonomischer Indikatoren. Abgesehen von der Aufgabe, soziale Aspekte zu integrieren und alle ökonomischen Dimensionen zu reflektieren, sind auch inhaltliche Aspekte wichtig. Eine zentrale Forderung zur Darstellung eines Gesamtbilds des Wohlstands besteht in der systematischen Berücksichtigung aller Quellen der Wohlstandsproduktion, wobei auch Wohlstandsverbrauch wie z.B. Umweltkosten einkalkuliert werden muss. Die Kritik am BIP stellt ganz richtig fest, dass die wirtschaftliche Leistung und der Wohlstand eines Landes nicht nur anhand materieller und monetärer Indikatoren erfasst werden kann. Ein Indikatorensystem in einem Green New Deal muss die Geschlechtergleichstellung im Besonderen und das soziale Wohlergehen im Allgemeinen als kritische Komponenten in einem neuen Wirtschaftssystem berücksichtigen. Diese Aspekte sind Ressourcen, die einen Beitrag zum Wirtschaftswachstum leisten, sowie ‚Preise‘, die für das Wirtschaftswachstum gezahlt werden. Nicht nur der Umweltverbrauch, sondern auch die Lebenschancen und Möglichkeiten von Menschen müssen als Kostenfaktor in diese neuen Kalkulationen eingehen. Genau wie der Verbrauch natürlicher Ressourcen von den neuen Indikatoren berücksichtigt wird, müssen auch der als selbstverständlich angenommene oder unterbewertete, weil entsprechend tradierter weiblicher Geschlechterrollen geleistete Beitrag und der von Menschen aufgrund verweigerter Lebenschancen gezahlte Preis Bestandteile eines an Nachhaltigkeit ausgerichteten Indikatorensystems sein.

Einerseits müssen Umstände, die z.B. die Geschlechtergleichstellung und das soziale Wohlbefinden untergraben sowie (soziale) Kosten verursachen, welche von Individuen, sozialen Gruppen oder der Natur bezahlt werden, als Kosten in ein alternatives BIP-Modell integriert werden. Ferner benötigt man einen technischen Mechanismus zur Internalisierung dieser Kosten sowie geeignete Maßnahmen, die verhindern, dass diese Fakten nur berücksichtigt werden, wenn sie monetarisiert werden, weil beispielsweise Staaten, wohltätige Organisationen oder Unternehmen soziale Verantwortung übernehmen und die Auswirkungen durch den Einsatz von Geld mildern. Diese Indikatoren müssen die von Menschen gezahlten immateriellen Kosten (z.B. bei Verzicht auf Lebenschancen, Gesundheitsrisiken und Gewaltgefährdung) einschließen und Frauen als soziale Gruppe anerkennen. Berücksichtigt man Frauen als soziale Gruppe, müsste man hier auch den Blick auf besonders betroffene Bevölkerungsgruppen richten, in denen Frauen überrepräsentiert sind. Dies ist z.B. der Fall bei Gruppen, die bestimmten Formen von Gewalt ausgesetzt sind, solchen in schlecht bezahlten Berufen bzw. Berufen mit geringen Sozialstandards in der Schattenwirtschaft sowie bei solchen, die in erheblichem Maße von Dienstleistungen und Produkten des öffentlichen Dienstes abhängig sind.

Andererseits müssen auf der Produktionsseite die Beiträge hinzugefügt und ordnungsgemäß erfasst werden, die dem Wohlergehen von Menschen, Gesellschaften und der natürlichen Umwelt zugutekommen. Dies beinhaltet sowohl die nicht-marktbasierten Wohlstandsbeiträge und besonders die Beiträge zum sozialen Wohlergehen durch Bereitstellung von Waren und Dienstleistungen, die den Menschen durch unbezahlte Familienarbeit (private Care-Ökonomie) in den Mittelpunkt stellen.

Alternative, gendersensible Wirtschaftsindikatoren

Es gibt Beispiele für Methoden zur nicht-androzentrischen Berechnung des Bruttoinlandsproduktes und zur Berücksichtigung geschlechtsrelevanter Aspekte. In diesen Berechnungen wird z.B. die nicht bezahlte Pflege- und Betreuungsarbeit in Privathaushalten und ihre Geschlechterstruktur nach Zeit erfasst und in die BIP-Berechnungen mit einbezogen (siehe Schaffer/Stahmer 2006 für Deutschland). Es können ebenfalls Indikatoren für die Geschlechtergleichstellung in allen drei Sektoren erstellt werden – der privaten Erwerbswirtschaft, dem öffentlichen Sektor und der privaten Haushaltsökonomie. Damit lassen sich die wechselseitigen Beziehungen zwischen Geschlechtergerechtigkeit und ökonomischer, sozialer und ökologischer Entwicklung darstellen, wie dies bei den von der UN und OECD entwickelten Indikatoren oder innerhalb der EU für die Nachfolgeinitiative der Aktionsplattform von Beijing der Fall ist.

Einige dieser Indikatoren zeigen in vorbildlicher Weise, wie selbst immaterielle Begriffe wie Geschlechternormen und Diskriminierung umfassend in numerischer Form dargestellt werden können (siehe zum Beispiel die OECD-Datenbank zu Gender und Entwicklung, 2006 und ihr SIGI-Index (Social Institutions and Gender Index)). In der akademischen Welt zeigen Modelle wie die von Diefenbacher/Zieschank (2010), wie Indikatoren auszuwählen sind, um Sozialkosten, sonstige Kosten und Nutzen zu kalkulieren und unbezahlte Arbeit und Haushaltsproduktion mit einzubeziehen. Auch diese Indikatoren werden aber oft nicht nach Geschlechtern differenziert.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass es eine zuverlässige Messgröße für den Fortschritt in einer Gesellschaft (einschließlich ihrer Wirtschaft), die zugleich den Anforderungen des Green New Deal der Grünen entspricht, nur geben kann, wenn: erstens das von der privaten Wirtschaft, dem öffentlichen Sektor und der privaten Haushaltsökonomie generierte Wohlstand ohne geschlechtsspezifische Voreingenommenheit (Androzentrismus) gemessen und genau erfasst wird, zweitens ebenso der umfassende Beitrag (von Frauen in) der privaten Haushaltsökonomie und drittens die Sozialkosten ebenfalls zusätzlich zu den Umweltkosten in einen neuen Indikator integriert werden.

Gender Budgeting für transparente öffentliche Haushalte

Wie im Strategiepapier dargestellt wird, zeigt die aktuelle Krise der Finanzmärkte, der öffentlichen Ausgaben und der privaten Geldanlagen und Investitionen, dass eine neue Regulierung der makroökonomischen Ziele und Instrumente erforderlich ist. Damit aber die Lösungsvorschläge die übergeordneten Zielvorgaben des Green New Deal erfüllen können, ist ein gendersensibles Vorgehen erforderlich. Eine Sparpolitik, die öffentliche Ausgaben kürzt, ohne die damit verbundenen Folgen für die zukünftige Entwicklung der Wirtschaft und der Gesellschaft zu bedenken, die sich nicht explizit und vorrangig mit geschlechtsspezifischen Auswirkungen befasst und die gefährdete Bevölkerungsgruppen mit ihrem hohen Frauenanteil nicht in besonderer Weise berücksichtigt, verstärkt soziale und ökologische Risiken, ohne im Gegenzug neue Möglichkeiten zu eröffnen. Auf diese Weise verlieren wichtige WirtschaftsteilnehmerInnen den Anschluss, was zur Folge hat, dass ihr potenzieller Beitrag für das soziale Wohlergehen und den sozialen Zusammenhalt beeinträchtigt wird. Wie oben bereits dargestellt wurde, ist die Bereitstellung von meritokratischen und sozialen Gütern, von Bildungsangeboten, Gesundheitsversorgung und Sozial-

leistungen, von Energie- und Wasserversorgung, von öffentlichen Verkehrsmitteln, Wohnungen und Kommunikationsmitteln und von guter Regierungsführung durch demokratische Regeln in allen drei Sektoren der Wirtschaft (private gewerbliche Wirtschaft, öffentlicher Sektor und private Haushaltsökonomie) in gleicher Weise bestimmend für die Zukunft Europas. Die Verringerung der staatlichen Einnahmenbasis zugunsten der Privatwirtschaft und des freien Marktes, die unregulierten Aktivitäten starker ökonomischer Akteure in der Privatwirtschaft sowie die krisenbedingten Kürzungen öffentlicher Haushalte haben bereits negative Auswirkungen auf das soziale Gleichgewicht und auf das Gemeinwohl mit sich gebracht. Da diese Entwicklungen auf Betreiben mächtiger, zumeist männlich dominierter Interessengruppen erfolgen, spiegeln sie kaum die Interessen der Mehrheit der BürgerInnen, definitiv aber nicht der Mehrheit der Frauen wieder.

In jedem Fall würde eine geschlechtsspezifische Haushaltsanalyse als ein Instrument für das Gender Mainstreaming der Fiskalpolitik einen Beitrag zur Verbesserung der Lage leisten. Gender Budgeting hilft zu verstehen, welche Gruppen von bestimmten politischen Maßnahmen betroffen sind, und es kann als Analyseinstrument zeigen, welchen Beitrag bestimmte Gruppen in der Gesellschaft (z.B. wohlhabende Personen und Unternehmen) entsprechend ihrer wirtschaftlichen Macht und ihrem Leistungspotenzial tatsächlich zum sozialen Wohlergehen und zur Entwicklung der Gesellschaft leisten. Zudem können die Auswirkungen von Steuern auf bestimmte gesellschaftliche Gruppen ermittelt werden. Die Anwendung von Gender Budgeting würde Folgendes zeigen: erstens, dass die Einschränkung des Angebots öffentlicher Verkehrsmittel bestimmte Gruppen von Frauen und Kindern stärker beeinträchtigen wird als Männer, zweitens, dass die Verwendung von Steuergeldern für die Bildung positive Auswirkungen auf Fortschritte in der Geschlechtergleichstellung hat und drittens, dass die Subventionierung der Energieproduktion aus fossilen Energieträgern gleichermaßen schädliche ökologische Auswirkungen sowie negative Folgen für Genderinnovationen und grüne Innovationen einschließlich der sozialen Dimension hat. Um eine Änderung der Haushaltspolitik entsprechend den Vorstellungen des Green New Deal durchsetzen zu können, müssen Subventionen und Steuersenkungen von ihren Auswirkungen her, einschließlich derer in allen drei Sektoren und auf die Geschlechtergleichstellung, betrachtet werden. Darüber hinaus muss der von den geförderten Unternehmen und Wirtschaftszweigen geschaffene ‚soziale Mehrwert‘ mit möglichen alternativen Formen ‚grüner‘ Ausgabenpolitik unter Verwendung eines Opportunitätskostenmodells verglichen werden. Unter Verwendung dieser Daten würde die Logik des Green New Deal das Argument widerlegen, dass es keine Alternative gibt. Der Gender-Budgeting-Ansatz ist ein wirkmächtiges Instrument, die Debatte über die impliziten und expliziten Ziele und Auswirkungen der Fiskalpolitik zu eröffnen und zur Diskussion zu stellen, wer wirklich durch die Politik und ihre Einnahmen- und Ausgabenstrukturen bevorzugt bzw. benachteiligt wird.

Fachliche Kompetenz für Gender Budgeting existiert weltweit und auch in Europa, wie es die Arbeit von Gender-Budgeting-Gruppen auf lokaler und nationaler Ebene zeigt. Innerhalb des European Gender Budgeting Networks (www.infopolis.es/web/GenderBudgets/egbn.html) tauschen ExpertInnen aktuelle Informationen zu Methoden, Initiativen und Ergebnissen aus.

Demokratische und geschlechtergerechte Leitbilder

Die Struktur der Strategiepapiere entspricht nach wie vor dem traditionellen Muster, Probleme zu konzeptualisieren und festzustellen, inwiefern diese relevant und miteinander verbunden sind. So steht die Demokratie als Kernthema der Grünen nicht in direktem Zusammenhang mit der Wirtschaft, obwohl sich als Folge der aktuellen Krise diese Frage auf fundamentale Weise stellt. Der Ansatz der Geschlechtergleichstellung zeigt die Notwendigkeit des Zusammenführens wirtschaftlicher und grüner (ökologischer und sozialer) Interessen sowie der

Verbindung ökonomischer und demokratischer gegenseitiger Kontroll- und Ausgleichsmechanismen auf. Die Auffassung, dass die Wirtschaft dem Wohlergehen des Volkes zu dienen habe und nicht umgekehrt, wird oft diskutiert und findet aktuell dort ihre Grenze, wo es um Möglichkeiten des Eingriffs gegen die Strategien der Privatwirtschaft zur Gewinnmaximierung geht. Hier ist die Stärkung der Demokratie einschließlich der Unabhängigkeit ihrer demokratischen und den Staat repräsentierenden Institutionen von entscheidender Bedeutung für den Erhalt der politischen Handlungsfähigkeit. Wenn das Primat der Marktwirtschaft und ihrer Protagonisten zu sozial inakzeptablen Ergebnissen führt und der freie Markt nicht willens und in der Lage ist, diskriminierende Praktiken abzustellen, so müssen die o.g. Aspekte Teil einer Wirtschaftsstrategie werden, die von demokratischen Werten bestimmt wird. Die demokratischen Kräfte haben aus eigenen Ressourcen und aus eigenem Wissen die Fähigkeit zum Handeln und zur Kontrolle und können somit auf der Bühne dieses neuen Kräftemessens, bei dem die Wirtschaftsmacht auf gleicher Höhe mit politischer Macht und politischem Einfluss agiert, für gegenseitige Kontrollen und Interessenausgleich sorgen. Da Frauen und ihre Interessen in den Entscheidungszentren der Wirtschaft unterrepräsentiert sind, zum großen Teil aber die negativen Folgen zu tragen haben, ist die Stärkung der Demokratie ein systematischer Teil der Umstrukturierung der Ökonomie. Dieser Aspekt kommt in dem Papier über die wirtschaftliche Dimension des Green New Deal der Grünen nicht vor. Um sicherzustellen, dass die Wirtschaft den richtigen Platz innerhalb eines Wirtschaftsrahmens des Green New Deal einnimmt, müssen die Rolle der Wirtschaft, des Staates und der Gesellschaft präzise definiert werden.

Im Rahmen dieses Prozesses ist es notwendig, die Rolle der staatlichen Politik bei der Umsetzung der Gleichstellungsforderung mitzudiskutieren, denn keines der im Green New Deal definierten Ziele einer nachhaltigen und auf den Menschen ausgerichteten Wirtschaft ist ohne Geschlechtergleichstellung zu realisieren. Frauen haben in den Institutionen, die über makroökonomische Strategien entscheiden, oft keine Stimme. Eine geänderte Wahrnehmung der Rolle und der Ziele dieser Institutionen wäre gleichbedeutend mit einer Quotenregelung sowohl für öffentliche Körperschaften als auch für Unternehmen auf der Ebene der Mitgliedstaaten und der EU. Verbindliche Vorschriften zum Gender Mainstreaming in allen politischen Feldern und besonders im Bereich der Makroökonomie (der Geld-, Fiskal- u. Industriepolitik) würden dafür sorgen, dass die erforderlichen Daten, Informationen und Konzepte erstellt werden.

Eine koordinierte Strategie für ein neues makroökonomisches Gleichgewicht ist eines der Felder, das mit Sicherheit profitieren könnte, wenn die vorgeschlagenen gendersensiblen Scoreboard-Indikatoren zur Berücksichtigung sozialer Dimensionen nicht nur geschlechtsblind Lohnstückkosten oder Beschäftigungsquoten beinhalteten. Sobald diese Daten nach Geschlecht aufgeschlüsselt sind, werden neue Elemente der wirtschaftlichen Entwicklung sichtbar. In Ländern, wo der öffentliche Sektor gut organisiert ist und dort Frauen unbefristet beschäftigt sind, mögen die Lohnstückkosten höher sein als in Ländern ohne Lohnregelungen. In diesen Ländern kann es aber sein, dass zahlreiche Frauen zu Armutslöhnen beschäftigt werden. Da, wo Länder in der Krise besser abschneiden – wie z.B. in nordeuropäischen Ländern, in Frankreich, sogar in den Niederlanden sowie in Deutschland –, nehmen mehr Frauen am Arbeitsmarkt teil als in den Ländern, die mit erheblichen wirtschaftlichen Problemen kämpfen, wie es beispielsweise in Griechenland, Spanien, Irland oder Italien der Fall ist. Die Aufschlüsselung der Wirtschaftsleistung mithilfe genderspezifischer Daten würde aller Wahrscheinlichkeit nach zu anderen Empfehlungen führen als bei der Verwendung geschlechtsblinder Daten.

Die Ungleichheit zwischen den Geschlechtern zum einen bei Einkommen und Vermögen und zum anderen bei privaten Schulden ist kennzeichnend für die aktuelle Krise. Es gibt deutliche Anzeichen dafür, dass sich die Krise auf Männer und Frauen in unterschiedlicher Weise auswirkt – nicht nur hinsichtlich ihrer Auswirkungen, sondern auch in Bezug auf deren zeitliche Abfolge. So werden Frauen beispielsweise

besonders hart von der zweiten Welle der Auswirkungen getroffen, nicht zuletzt wegen der Kürzung öffentlicher Ausgaben. Die Geschlechtszugehörigkeit ist jedoch nicht nur in materieller Hinsicht für das Verständnis der Krise wichtig. Die hegemonialen Wirtschaftswerte als Auslöser der Krise waren Risikobereitschaft, kurzfristige Orientierung, selbstsüchtige Gewinnmaximierung und Nutzung der Menschen und ihrer Existenzen als Produktions- und Gewinnfaktoren. Die Entwicklung eines neuen Konzepts des wirtschaftlichen und sozialen Wohlstands muss sogenannte ‚weibliche Werte‘ wie Solidität, Besonnenheit und Risikoscheu, Nachhaltigkeit und soziale Verantwortung für sich reklamieren und steht damit im Gegensatz zu dem hegemonialen Ideal eines übersteigerten Männlichkeitsideals, wie es offensichtlich in bestimmten Wirtschaftszirkeln nach wie vor hochgehalten und gefeiert wird. Bisher hat sich diese normative Orientierung innerhalb der vorgegebenen wirtschaftlichen Strukturen ausgezahlt. Eine Wirtschaft nach den Vorstellungen des Green New Deal muss die mit ‚Weiblichkeit‘ assoziierten alternativen Werte und Vorgaben institutionalisieren, um die für Gewinn und Wachstum geltenden Produktions- und Verteilungsregeln zu ändern.

Staat und öffentlicher Sektor als potenzielle Anbieter ‚guter Arbeit‘

Im Rahmen der Bewertung der unterschiedlichen Instrumente der Wirtschaftspolitik ist auch noch ein anderer Aspekt von Bedeutung. Aus der Arbeitsmarktperspektive sind der öffentliche Sektor im Allgemeinen und die öffentliche Care-Ökonomie einschließlich Schulen, Gesundheitsversorgung und Altenpflege wichtige Arbeitgeber für Frauen. Die Arbeitsbedingungen in diesen Sektoren eröffnen PflegerInnen und BetreuerInnen generell mehr Optionen für die Vereinbarkeit von privater Arbeitszeit und Beschäftigung. Der öffentliche Sektor ist deshalb als Arbeitgeber von grundlegender Bedeutung, neben seiner Fähigkeit, für das Wohlergehen seiner BürgerInnen sorgen zu können.

Der zu beobachtende Bedeutungsverlust des Staates als Arbeitgeber steht in direktem Zusammenhang mit der kontinuierlich erodierenden Einnahmehasis. Die Handlungsfähigkeit des Staates wird durch immer geringere staatliche Einnahmen gefährdet. Prognosen zufolge werden Frauen von der zweiten Welle ökonomischer Konsolidierungen infolge der Finanzkrise besonders hart betroffen sein. Die Forderung nach rigoros durchgesetzten Ausgabenkürzungen wird den öffentlichen Sektor mit seinen wichtigen Funktionen einschränken (vgl. Teil A). Es besteht daher das reale Risiko, dass sich nicht nur die Maßnahmen zur Konjunkturförderung, sondern auch die Ausgabenkürzungen negativ auf Sektoren mit einem hohen Anteil an weiblichen Beschäftigten, auf die Arbeitsmöglichkeiten für Frauen und auf den Sozialschutz in frauendominierten Berufen auswirken. Gleichzeitig müssen die unbezahlt mithelfenden Familienangehörigen in der privaten Haushaltsökonomie immer neue Lasten schultern. Die Rolle des Staates als Wirtschaftsakteur mit hoher Bedeutung für weibliche Beschäftigte muss daher explizit thematisiert werden.

Gender Mainstreaming für Klarheit über Staatsbudgets

Der wirtschafts- und sozialpolitische Rahmen in der EU erfordert einen Gender-Mainstreaming-Ansatz, um weitere Geschlechterungleichheiten in der Wirtschaft sowie die aktuelle ungerechte Verteilung der Risiken, der Lasten der Krise, der Gewinne und Verluste aufzudecken und zu verhindern. Gender Mainstreaming ist eine Strategie, die systematisch zu mehr Geschlechtergerechtigkeit in allen Strukturen und Prozessen führen soll. Proklamiert vor über 15 Jahren auf der Konferenz von Beijing, wurde sie von der EU als Leitprinzip übernommen, ohne jedoch jemals Eingang in die Wirtschaftspolitik gefunden zu haben. Zwar wurden Anfang der 2000er Jahre einige Fortschritte erzielt, aber selbst von diesen Initiativen ist in aktuelleren Programmen, wie der Europa-2020-Strategie, keine Rede mehr. Dasselbe gilt ebenso für die Wirtschaftsbeziehungen mit den Entwicklungsländern: Die Einführung eines Gender-Mainstreaming-Ansatzes auf der Grundlage der Erfahrungen und Empfehlungen internationaler Organisationen wie der UN oder sogar des IWF und der Weltbank erscheinen chancenloser als jemals zuvor.

Für ein Konzept des Green New Deal mit einer hohen grünen Qualität der wirtschaftspolitischen Strategien ist es unverzichtbar, dass Gender Mainstreaming als zentraler Grundsatz etabliert wird.

Empfehlungen

- Ein neuer makroökonomischer Rahmen muss die private Haushaltsökonomie als integrierten Bestandteil der Wirtschaft konzeptionell miteinbeziehen, z.B. durch die systematische Bewertung ihrer Beiträge, Investitionen und eingesparten Opportunitätskosten für den gesellschaftlichen Wohlstand sowie durch die Abschätzung der Auswirkungen, die die Wirtschaftspolitik in anderen Sektoren auf die Privatökonomie hat.
- Gender Budgeting muss zu einem Standardverfahren des guten Wirtschaftens der Regierungen werden (Economic Governance).
- Genderbewusste Haushalte sollen eingerichtet und Gender Budgeting eingeführt werden, ebenso die regelmäßige Überwachung der Fiskal- und Wirtschaftspolitik. Das bedeutet u.a.:
 - o die Forschung zu Haushaltsprozessen, einschließlich der Einnahmen und Ausgaben, zu intensivieren,
 - o sicherzustellen, dass EU-Mittel aktiv zur Verbesserung der Geschlechtergleichstellung beitragen,
 - o Subventionen und Steuererleichterungen an Mindestnormen für Arbeit, Einkommen und die Aufhebung der Geschlechter-Segregation (horizontal und vertikal) zu koppeln.
- Die „Neudefinition wirtschaftspolitischer Ziele“ durch Entwicklung neuer Werkzeuge und „Indikatoren zur Lenkung und Evaluierung politischer Maßnahmen“ *sollten systematisch eine Gleichstellungsperspektive beinhalten (Gender Mainstreaming) und ein besonderes Augenmerk auf die Care-Ökonomie und die private Haushaltsökonomie haben.* (Zitate hier und im folgenden aus: Green New Deal. Tätigkeitsbericht der Arbeitsgruppe für 2010, Zusätze kursiv gesetzt).
- „Eurostat sollte die Erfassung von Daten erweitern, die alternative *und geschlechtssensible* Indikatoren unterstützen (z.B. *durch Miteinbeziehung der privaten Haushaltsökonomie*) sowohl auf nationaler als auch auf subnationaler Ebene.“ Eurostat sollte ebenfalls eine Übersicht veröffentlichen, „die sowohl klassische als auch alternative Indikatoren“ *integriert.*

- Eurostat sollte die Entwicklung alternativer Indikatoren einschließlich gendersensibler Daten zu unbezahlter Arbeit, Zeitaufteilung, Gesundheit und sozialem Wohlergehen für ein neues Indikatorsystem, das den Wohlstand Europas erfasst, unterstützen.
- Notwendig ist ferner: eine Neudefinition der Aufgaben des öffentlichen Sektors und die Verlagerung des Schwerpunkts vom neoliberalen Konzept hin zu einer positiven Rolle des öffentlichen Sektors als wichtigem Akteur für Wohlstand und Einkommen sowie als zentraler Akteur bei der Sicherstellung von Chancengleichheit und gleichberechtigtem Zugang der BürgerInnen zu Bildung, Kommunikation, Gesundheitsversorgung, besseren Lebensmitteln usw.
- Entsprechend ihrem Beitrag zum sozialen Wohlergehen (Care-Ökonomie, öffentlicher Sektor) muss der Status der Care-Ökonomie folgendermaßen aufgewertet werden:
 - o durch Hervorheben der Care-Ökonomie als Teil der Ökonomie und durch Performance-Messungen,
 - o durch sektorspezifische Arbeitsmarktinstrumente (z.B. Mindestlöhne), Sozialpolitik (für die unbezahlten Beiträge der Care-Ökonomie) und Sozialnormen (einschließlich der Rechte von Arbeitsmigranten in der Care-Ökonomie).
- Werte von Sektoren, die nur einen geringen Beitrag zum sozialen Wohlergehen leisten, sollten neu bewertet werden, indem:
 - o eine Obergrenze für Gehälter und Bonuszahlungen in Sektoren, die lediglich einen virtuellen Mehrwert oder Soziallasten verursachen, festgesetzt wird,
 - o ebenso eine Obergrenze für Gehälter in allen Unternehmen, die durch Steuererleichterungen und Finanzhilfen subventioniert werden,
 - o Bonuszahlungen ohne Ausnahme besteuert werden,
 - o eine Lohnuntergrenze bestimmt wird, um in Europa Armut trotz Erwerbstätigkeit zu verhindern und um einen Beitrag zu einem ausgewogenen Staatshaushalt zu leisten.
- Die Machtbalance zwischen AktionärInnen und StakeholderInnen ist neu zu ordnen. AktionärInnen müssen an Soziallasten und sozialen Vorteilen, die gendersensibel ermittelt werden, ebenso beteiligt werden wie an finanziellen Verlusten und Gewinnen. Die Interessen der StakeholderInnen müssen durch Verordnungen gewahrt werden, die ebenfalls die Partizipation der Frauen beinhalten.
- Frauen müssen ein stärkeres Mitspracherecht bei allen die Makroökonomie betreffenden politischen Entscheidungen erhalten. Hierzu sind verlässliche Quotenregelungen für die Nationalbanken und die EZB erforderlich.
- Die Verwendung genderkompetenten ökonomischen Wissens (feministische Wirtschaftsforschung) muss in makroökonomischen Institutionen durch eine entsprechende Berufungspolitik und ebensolche Qualitätsnormen durchgesetzt werden.
- Genderkompetenz und Gendersensibilität von Ergebnissen sollten zu den generellen Qualitätskriterien für alle Wirtschaftsstudien gelten, die von den Grünen in Auftrag gegeben werden.
- Das Gender Mainstreaming der ECOFIN-Empfehlungen muss sichergestellt werden.

- ebenso wie das Gender Mainstreaming der EU-Strategien, wie z.B. Europa 2020.
- Die Wirtschaftskompetenz der BürgerInnen und ihrer Organisationen muss unter Gewährleistung der Partizipation von Frauen gestärkt werden.

Literaturauswahl

Diefenbacher, Hans/Zieschank, Roland (2010): Measuring Welfare in Germany. A suggestion for a new welfare index, verfügbar unter: www.umweltdaten.de/publikationen/fpdf-l/3903.pdf, abgerufen am 02.05.2012.

Green New Deal Working Group: Activity Report 2010. <http://greens-efa-service.org/gnd2010/#0>, abgerufen am 02.05.2012.

Jütting, Johannes P. u.a. (2006): Measuring Gender (In)Equality. Introducing the Gender, Institutions and Development Data Base (GID), hg. v. OECD-Entwicklungszentrum, Arbeitspapier Nr. 247, Paris, verfügbar unter: www.oecd.org/dataoecd/17/49/36228820.pdf, abgerufen am 02.05.2012.

Rat der Europäischen Union (2009): Indicators Adopted at EU Level for the Follow Up of the Beijing Platform for Action, verfügbar unter: <http://ec.europa.eu/social/BlobServlet?docId=3682&langId=en>, abgerufen am 02.05.2012.

Rittich, Kerry (2010): Families on the edge. Governing home and work in a globalized economy, North Carolina Law Review 88/101, S. 1527–1558.

Ruggieri, Deborah (2010): The gender aspects of the financial and economic crisis, hg. v. Green European Foundation.

Schaffer, Axel/Stahmer, Carsten (2006): Erweitertes Gender-BIP. Eine geschlechtsspezifische Analyse des traditionellen Bruttoinlandsproduktes und der Haushaltsproduktion in Deutschland, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Bd. 226/3, S. 308–328.

Stotsky, Janet G. (2006): Gender and Its Relevance to Macroeconomic Policy. A Survey, IWF-Arbeitspapier 6/233, verfügbar unter: www.imf.org/External/pubs/ft/wp/2006/wp06233.pdf, abgerufen am 12.05.2012.

WIDE (Netzwerk Women in Development Europe) (Hg.) (2010): Kassasturz. Finanzkrise und Entwicklung aus feministischer Perspektive. WIDE-Positionspapier zur globalen sozialen, ökonomischen und ökologischen Krise, Wien, verfügbar unter: www.oneworld.at/wide/2010/WIDE-Positionspapier_Kassasturz-2010.pdf.

E. Zur industriepolitischen Dimension des Green New Deal

Die folgenden Kommentare befassen sich mit dem Strategiepapier „The industrial dimension of the Green New Deal“.

In diesem Strategiepapier sind die wichtigsten erwähnten Wirtschaftszweige der Energiesektor, die Bauindustrie, die Verkehrswirtschaft, das verarbeitende Gewerbe und die chemische Industrie. Aus der Perspektive der Beschäftigungsstruktur wird schnell klar, dass es sich hier um eine Untergruppe von Wirtschaftszweigen handelt, in der kaum Frauen beschäftigt sind, d.h. eine androzentrische Auswahl männerdominierter Sektoren vorliegt. Der Energiesektor, die Bauindustrie und die Verkehrswirtschaft sind in hohem Maße nach Geschlechtern segregiert. Auch bei Betrachtung dieser Industriesektoren aus einer allgemeineren Perspektive fällt auf, dass nur das verarbeitende Gewerbe als Ansatzpunkt für eine ökologische Ausrichtung ausgewählt wurde. Das Potenzial der anderen Sektoren für den ökologischen Umbau der Wirtschaft wird in dem Kontext der Industriepolitik in dem Strategiepapier nicht ausgelotet: dies trifft auf die Landwirtschaft, die Fischerei, die Forstwirtschaft und erst recht auf den Dienstleistungssektor zu. Die Bedeutung der Wissensproduktion als Voraussetzung für diese Wirtschaftszweige wird nur angesprochen, wenn z.B. Wissenstransfer und berufliche Aus- und Weiterbildung erwähnt werden.

Traditionelle Konzepte als Ursache für blinde Flecken

Es gibt vermutlich drei Gründe für die Auswahl dieser spezifischen Untergruppe von Wirtschaftszweigen in dem Strategiepapier:

- 1) das Verursacherprinzip,
- 2) der Umstand, dass bestimmte Wirtschaftszweige als Entwickler und Produzenten grüner Produkte wahrgenommen werden, und
- 3) die Tradition und der hartnäckige strukturelle Konservatismus in der Wirtschaftspolitik besonders im Hinblick auf die Industriepolitik (oftmals im Zusammenhang mit staatlichen Subventionen).

Wie bereits in den Kommentaren zu den ökonomischen und beschäftigungspolitischen Dimensionen des Green New Deal erklärt, ist diese Auswahl stark androzentrisch beeinflusst und übersieht dadurch eine Reihe anderer wichtiger AkteurInnen und Potenziale für den Green New Deal. Die Ursachen für die Auswahl könnte deshalb durch ein Infragestellen der impliziten Grundannahmen überdacht werden und auf diese Weise zu einer genderneutraleren Perspektive führen.

Verursacherprinzip und traditionelle Vorstellungen von ‚Industrie‘

Die explizit im Strategiepapier erwähnten Wirtschaftszweige (Energiesektor, Bauindustrie, Verkehrswirtschaft, das verarbeitende Gewerbe und die chemische Industrie) gelten als große Umweltverschmutzer. Nach dem ‚Verursacherprinzip‘ sind sie deshalb offensichtlich die bevorzugte Zielgruppe für einen ökologisch ausgerichteten Wandel. Einige Wirtschaftszweige – wie dies für die chemische Industrie näher erläutert wird – sind der Schlüssel zu einer umweltgerechten Produktion. Wenn der Schwerpunkt auf der Menge der von einzelnen Akteuren verursachten Verschmutzung liegt, ist es nur logisch, dass das verarbeitende Gewerbe zum Diskussionsthema wird. Natürlich gibt es noch weitere Sektoren, die als Umweltverschmutzer gelten, wenn auch in geringerem Ausmaße – beispielsweise die Landwirtschaft (Tierproduktion). Zusätzlich zu der von einigen großen Verschmutzern erzeugten Umweltbelastung sind deshalb auch die von zahlreichen kleineren Verschmutzern verursachten zu berücksichtigen. So können ebenfalls Dienstleistungsindustrien, wie z.B. die Werbebranche mit ihrem hohen Energieverbrauch für ihre Werbeprodukte in der Öffentlichkeit (sowie anderer

ökologischer Folgen, wie z.B. Lichtemissionen), als Beispiel angeführt werden. Eine neue Perspektive des Green New Deal auf die Industrie sollte deshalb die herkömmliche Einschätzung infrage stellen, was als relevanter Wirtschaftszweig zu gelten hat.

Privathaushalte sind ebenfalls in hohem Maße an der Umweltverschmutzung beteiligt und sollten deshalb systematisch als Teil der Lösung angesehen werden. Auf den ersten Blick mag ein Strategiepapier zur industriellen Dimension hierfür nicht der geeignete Ort sein. Jedoch kann eine systematische Betrachtung von Lebensstil, Konsum und Verschmutzung auch die private Haushaltsökonomie miteinschließen (BürgerInnen, VerbraucherInnen, dritte nachgeschaltete AnwenderInnen). Der eigentliche Grund für die Nichtbeachtung dieser Aspekte ist möglicherweise darin zu sehen, dass das Strategiepapier nach traditionellen Themen entsprechend den Hauptunterteilungen von Sektoren und Branchen strukturiert ist und damit vorgefertigten Relevanz-Vorstellungen entspricht.

Einige der im Papier angesprochenen Zielgruppen zeichnen sich durch ein ausgewogeneres Geschlechterverhältnis aus, in einigen Fällen haben sogar Frauen eine größere Relevanz als Männer. Diese Zielgruppen sind die VerbraucherInnen, die Privathaushalte, die BewohnerInnen und NutzerInnen des Wohnungsbereichs (in Gebäuden wohnende und arbeitende Personen) sowie die Nichtfachleute und Fachleute mit dem Potenzial, einen Beitrag zu der steigenden umweltbewussten Nachfrage und Sensibilisierung zu leisten. Wenn die Logik des Green New Deal vom Nachhaltigkeitsgedanken und von kreislaufförmigen Wirtschaftsprozessen ausgeht, dann sollte die Industriepolitik den Verbrauch als die Kehrseite der Industrieproduktion miteinbeziehen. Die Fragen, wer die von der Industrie hergestellten Produkte nutzt und wie diese genutzt werden, sind mindestens so wichtig, wie die Frage, welche Produkte die Industrie herstellt und warum. Das klassische grüne Ideal der demokratischen Partizipation – ein Kernpunkt des Selbstverständnisses der Partei der Grünen – eröffnet neue und innovative Optionen für den Green New Deal, indem die private Haushaltsökonomie, die Organisationen der Zivilgesellschaft und die BürgerInnen Vorbildfunktionen für die nächsten Generationen übernehmen. Ihnen kommt die wichtige Aufgabe zu, das Wissen über ökologisch relevante kulturelle Techniken – z.B. Entsorgungswirtschaft, Energieeffizienz, Lifestyle-Folgen, Vermeidung schädlicher Stoffe – weiterzugeben sowie als grüne VerbraucherInnen alternative Lebensmodelle und Lebensarten zu entwerfen und vorzuleben.

Die Geschlechtergleichstellung ist eine Perspektive, die – vergleichbar mit der Umweltperspektive – gut dazu geeignet ist, kognitive Grenzen zu hinterfragen und einzelne Versatzstücke nach einer anderen Logik zusammenzufügen, die für neue Lösungen einer erfolgreichen Green-New-Deal-Politik benötigt wird. Abgesehen von der Frage der fehlenden Sektoren, bestünde hier eine Möglichkeit zur Überwindung einer begrenzenden Sichtweise auf die industrielle Dimension darin, Produktion, Herstellung und Verbrauch als einen integrierten Komplex anzusehen. Das Strategiepapier über die industriepolitische Dimension lässt aber nachgeschaltete AnwenderInnen und die VerbraucherInnenseite sowie besonders deren Rolle bei der Angebotssteuerung durch Nachfrage vermissen. Das bedeutet mit anderen Worten, dass die Kehrseite der Produktion nicht systematisch erwähnt wird. Die AkteurInnen und Rollen, die die europäische Chemikalienverordnung REACH festlegt, sind als Ausgangspunkt hierfür hilfreich. VerbraucherInnen als AkteurInnen müssen jedoch zu dem neu komponierten Bild hinzugefügt werden. Die chemische Industrie als Produzent von Stoffen und Mixturen kann an dieser Stelle zwar die Schlüsselrolle übernehmen, aber die Wirtschaftszweige, Hersteller und Fachbetriebe, die die Vorprodukte und fertigen chemischen Produkte für ihre eigene Arbeit und Endprodukte einsetzen, müssen ebenfalls systematisch berücksichtigt werden. Sie sind in unmittelbarer Nähe der VerbraucherInnen zu verorten, da sie die Chemikalien in Form von Verbrauchsgütern direkt zu den BürgerInnen bringen.

Die Spielzeugindustrie ist ein gutes Beispiel für die Bedeutung des ‚Missing Link‘ zwischen der chemischen Industrie und den KonsumentInnen. Diese Beziehung lässt sich wie folgt darstellen: Innovationen in der chemischen Industrie haben es ermöglicht, die oftmals in Kunststoffen vorhandenen schädlichen Stoffe zu substituieren. Die Spielzeugindustrie ist ein wichtiger Abnehmer und Verarbeiter von Kunststoffen. Die KundInnen kaufen die Produkte dieser Industrie, und sie (in diesem Fall ihre Kinder) sind diejenigen, die körperlichen Kontakt mit diesen Kunststoffen haben. Wenn die Spielzeugindustrie als nachgeschalteter Anwender schädliche Kunststoffe nicht durch neue Produkte ersetzt, sondern die alten Inhaltsstoffe weiter verarbeitet, kann die Ökologisierung der chemischen Industrie hinter den Erwartungen zurückbleiben, sofern die nachfolgenden Stufen in der Produktion, Verarbeitung und Recyclingkreislauf, nicht berücksichtigt werden. Besonders diejenigen Wirtschaftszweige, die von der chemischen Industrie abhängen wie z.B. die Spielzeugindustrie (die einen so engen Kontakt zum Verbraucher hat wie kaum eine andere Branche, denn Kinder nehmen oft ihr Spielzeug zum Schlafen mit ins Bett und stecken es in den Mund), könnten als wichtige Akteure des ökologischen Umbaus der Wirtschaft angesprochen werden. Die Chemikalien in den Produkten und die aus den Chemikalien hergestellten Produkte sind für die menschliche Gesundheit von großer Bedeutung – wobei sich in erster Linie Frauen um gesundheitliche Belange kümmern (Maßnahmen bei Allergien, Vergiftungen usw.).

Die Gleichstellungsperspektive offenbart den ‚Missing Link‘, wie es anhand des Beispiels der von Frauengruppen angestoßenen Diskussion über die Sicherheit von Spielzeugen gezeigt wird. Diese Gruppen weisen darauf hin, dass wichtige Bereiche des Verbraucherschutzes übersehen werden, weil die Sicht der Frauen (in diesem Fall der Mütter) keine Beachtung findet. Die alltägliche Wirklichkeit der SpielzeugnutzerInnen und KonsumentInnen, d.h. der sehr enge körperliche Kontakt der Kinder mit ihren Spielsachen, wird nicht in zufriedenstellender Weise in den gesetzlichen Vorschriften umgesetzt. Dieses Beispiel zeigt, dass die Interessen der nachgeschalteten AnwenderInnen und VerbraucherInnen in industriepolitische Maßnahmen einzubeziehen sind. Damit wäre die Forderung des Green New Deal der Grünen nach einer umfassenden Leitidee erfüllt, die den Menschen in das Nachhaltigkeitskonzept integriert und ihn in den Mittelpunkt der Industriepolitik stellt.

Die Nachfrage nach grünen Produkten als Teil der neuen grünen Industriepolitik sollte einen ganzheitlichen Ansatz verfolgen und sich vom bereits erwähnten Kreislaufmodell inspirieren lassen. Damit wäre die systematische Ergänzung politischer Konzepte durch die Perspektive nachgeschalteter AnwenderInnen und VerbraucherInnen sowie die Einbeziehung der Abfall- und Recyclingthematik möglich. Gender Mainstreaming ist also ein wirkungsvolles Werkzeug, um die Beiträge von Frauen und der privaten Haushaltsökonomie als solche zu berücksichtigen und so eine effektive Politik der Grünen nach Maßgabe des Green New Deal zu fördern.

Anhaltender struktureller Konservatismus als Mechanismus der Ressourcenverteilung

Die Wirtschaftspolitik – und hier besonders die Subventionierung der Industrie durch Steuererleichterungen und Finanzhilfen – konzentriert sich traditionell auf die im Strategiepapier erwähnten Branchen und wird nach dieser Vorgabe strukturiert. In Europa kommen 64,1% aller Subventionen der verarbeitenden Industrie⁵ zugute. Selbst finanzielle Hilfen für bereichsübergreifende Ziele wie Energieeffizienz, regionale Entwicklung oder Beschäftigung konzentrieren sich auf diesen Sektor. Von den 27 EU-Mitgliedstaaten transferieren 19 Länder den größten Teil der Subventionen auf den Sekundärsektor, bei 16 Ländern ist dies mehr als die Hälfte der verfügbaren Mittel. Der

⁵ Alle Angaben über Subventionen aus: Bericht der Bundesregierung über die Entwicklung der Finanzhilfen des Bundes und Steuervergünstigungen für die Jahre 2009 bis 2012 (23. Subventionsbericht). Deutscher Bundestag. Drucksache 17/6795 (11.08.2011) unter Verwendung von Daten der Europäischen Kommission.

Primärsektor – hier besonders die Landwirtschaft – steht in sieben Ländern auf der Prioritätenliste der Subventionspolitik. Der Tertiärsektor wird nur von Portugal mit Subventionen für Finanzdienstleistungen bedacht.

Diese Struktur staatlichen Geldtransfers wird in dem Strategiepapier nicht grundsätzlich in Frage gestellt. Allgemein fehlt es aber an Studien über die De-facto-Auswirkungen auf den Wohlstandszuwachs und auf Innovationen sowie an Studien über die Nebenwirkungen dieser einseitig ausgerichteten Struktur. Das Hauptziel der Subventionen scheint dem Strategiepapier nach die strukturelle Anpassung an neue grüne Anforderungen und Hilfe für den Marktzugang zu sein. Ein weiterer legitimer und anerkannter Grund für Subventionen ist das Beschäftigungswachstum. Hier hat der Tertiärsektor generell das höchste Wachstumspotenzial - und wenn die Beschäftigungsdimension aus einer Gleichstellungsperspektive neu gesehen wird, sogar auch nach grünen Gesichtspunkten. Wenn der Green New Deal ein Paradigmenwechsel sein soll für die Art und Weise, wie wir leben, so muss die Unterstützung des Übergangs zur Wissensgesellschaft mindestens genauso wichtig sein wie der ökologische Umbau der Industriegesellschaft. Die konservierende Wirkung der aktuellen einseitigen Bevorzugung der verarbeitenden Industrie durch die Subventionspolitik behindert aller Wahrscheinlichkeit nach das Beschäftigungs- und Wohlstandswachstum der Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft. Das für den Sekundärsektor vorgesehene Geld kann aus diesem Grunde nicht für andere Zwecke und somit speziell auch nicht für den Tertiärsektor eingesetzt werden. Für die Gleichstellung der Geschlechter ist dies aber von größter Bedeutung, da der Industriesektor männerdominiert ist mit relativ hohen arbeitsrechtlichen Standards – jedoch mit Tendenz nach unten. Der Tertiärsektor ist frauendominiert mit relativ niedrigen Standards, aber einem hohen Potenzial für Beschäftigungswachstum und für positive Wohlfahrtseffekte. Aufgrund des demographischen Wandels in einer immer älter werdenden europäischen Gesellschaft und der daraus entstehenden dringenden Aufgabe, eine gut funktionierende Care-Ökonomie zu gewährleisten, ist der anhaltende Fokus auf die Industrie ein allgemeines Versagen der Politik, verursacht durch verkrustete wirtschaftspolitische Strukturen. Langfristig gesehen hat der Tertiärsektor im Hinblick auf das Problem der Arbeitslosigkeit und auf die Wohlfahrtentwicklung das höchste Potenzial im Sinne des Green New Deal.

Die Gleichstellungsperspektive zeigt das grundsätzliche Problem der Struktur industriepolitischer Maßnahmen auf und weist auch den Weg zur Erkundung von Alternativen. Diese Alternativen stimmen mit dem Geist des Green New Deal überein und zeigen unterschiedliche ‚grüne Schattierungen‘ so auf, dass Nachhaltigkeit nicht nur auf Natur und Ökosysteme reduziert wird. Gegenseitige Abhängigkeiten, Alternativoptionen und Opportunitätskosten werden anhand der Gleichstellungsperspektive sichtbar. Auf diese Weise wird eine Neuausrichtung der Wirtschaftspolitik entsprechend den hohen Ansprüchen des Green New Deal der Grünen möglich. Vorschläge, wie in die Aufklärung von VerbraucherInnen investiert werden kann, wie man ökologisches Verbraucherwissen in unsere Bildungssysteme integriert und wie Anreize und Garantien dafür etabliert werden können, dass sich grüne Lebensweisen auszahlen, könnten als Themen aufgegriffen werden.

Private EnergieverbraucherInnen in die Überlegungen zur Ökologie nicht miteinzubeziehen, könnte unbeabsichtigte Wirkungen zeigen. Wenn sich die öffentliche Politik in einseitiger Weise auf bestimmte Wirtschaftssektoren konzentriert und dabei wechselseitige Abhängigkeiten auf der KundInnenseite ausklammert, könnte dies zu einer Verschiebung von Subventionen von einem zum anderen Bereich durch ‚versteckte Subventionen‘ führen, wobei die Investitionskosten von einer Gruppe auf eine andere Gruppe verlagert werden. Preisvorteile für große EnergieverbraucherInnen, z.B. als Belohnung für Energieeffizienz, werden u.□U. indirekt von KleinverbraucherInnen bzw. Privathaushalten bezahlt, die diese Preisnachlässe finanzieren. Es ist wichtig, dass sich die Energiesparmaßnahmen von Privathaushalten unverhältnismäßig höher auszahlen, als dies dem Wert der nicht

verbrauchten Energie entspricht. Nur so können private Investitionen in Energieeffizienzmaßnahmen zu einer attraktiven Option werden. Andere unbeabsichtigte Verlagerungen mit Genderrelevanz aufgrund der geschlechtsspezifischen Unterschiede beim Immobilienbesitz beinhalten die Verteilung der Kosten für energiesparende Renovierungsarbeiten am eigenen Haus. Wenn die Kosten für die Verbesserung der Energieeffizienz eines Hauses von den MieterInnen durch höhere Mieten finanziert werden, können sich Prozesse wie die Gentrifizierung von Stadtteilen zum Nachteil von Haushalten mit niedrigem Einkommen beschleunigen – auch dies wiederum eine Gruppe mit einem hohen Frauenanteil.

Empfehlungen

- ‚Industrie‘ muss als ganzheitlicher Begriff verstanden werden, der auch die nichtverarbeitenden Industrien beinhaltet. Dies gilt insbesondere für die Planung der Verteilung von Subventionen und staatlichen Hilfen.
- Bei der Definition der Anforderungen an eine grüne Industriepolitik sollte die Rolle anderer AkteurInnen und Personengruppen, die davon betroffen sind, berücksichtigt werden. Dieses sind z.B. nachgeschaltete AnwenderInnen, VerbraucherInnen und Personen, die sich mit den negativen Auswirkungen einer fehlgeleiteten Industriepolitik auseinandersetzen müssen (z.B. Frauen als Betreuerinnen in der privaten Haushaltsökonomie).
- Es gilt, die Interessen und Rechte der VerbraucherInnen (Lenkung der Nachfrage) bei der Festlegung der Industriepolitik in einer genderbewussten Weise zu berücksichtigen.

Direkte Kommentare zu folgenden Punkten im Strategiepapier:

Abbau staatlicher Hilfen für ‚nichtnachhaltige Prozesse‘:

- umfassende Definition des ‚Nichtnachhaltigkeits‘-Begriffs: Überprüfung staatlicher Hilfen nach den Kriterien des Green New Deal unter Berücksichtigung von Prozessen mit nichtnachhaltiger Wirkung auf
 - o den sozialen Zusammenhalt insbesondere im Hinblick auf Verarmungstendenzen,
 - o die Geschlechtergleichstellung, insbesondere im Hinblick auf die geschlechtlich homogene Konzentration von Entscheidungsbefugnissen,
 - o die staatliche Handlungsfähigkeit vor allem hinsichtlich der Externalisierung von Kosten auf lokale staatliche Institutionen unter Berücksichtigung nicht nur der aufgrund von Umweltverschmutzung entstehenden Kosten, sondern auch derjenigen im Sozial- und Gesundheitsbereich, verursacht durch niedrige Arbeitsstandards (auch in nichteuropäischen Ländern).

Internalisierung von Kosten

- neues umfassendes Konzept der externen Kosten, in dem Folgendes enthalten ist:
 - o öffentliche Kosten, z.B. für Systeme der sozialen Absicherung im Falle eines Arbeitsentgelts unter dem erforderlichen Existenzminimum oder bei Ausgrenzung junger ArbeitnehmerInnen usw.
 - o Sozialkosten, z.B. für das öffentliche Gesundheitswesen und die private Care-Ökonomie aufgrund von Diskriminierung, übermäßigem Arbeitsdruck, Zeitarmut usw.

Regeln für die Nachhaltigkeit

- Nachhaltigkeit wird definiert als die Nachhaltigkeit der natürlichen Umwelt, des Menschen, des sozialen Zusammenhalts, der Systeme der sozialen Sicherheit und der Handlungsfähigkeit des Staates; dies auf der Basis einer auf Kreislaufprozessen beruhenden Weltanschauung, die soziale und ökologische Ziele miteinander verbindet: Hier sollten Regeln über Nichtdiskriminierung und menschenwürdige Arbeit in ökologische Vorgaben eingebunden werden, damit gesellschaftliche Gruppen nicht einseitig für grüne Investitionen bezahlen müssen und diese Bezahlung nicht durch die Erodierung der Arbeitsbedingungen erfolgt. Auch hier sollten Gender-Mainstreaming-Prozesse genutzt werden.
- Integrieren von Nachhaltigkeits-Standards in die allgemeine und berufliche Bildung unter Nutzung der mit dem Gender Mainstreaming gesammelten Erfahrungen.

Steuern, Steuervorteile, Steuersenkungen

- Ergreifung von Maßnahmen gegen das sich verschärfende Problem der geringen finanziellen Leistungsfähigkeit des Staates, da sich diese besonders auf Frauen und die Geschlechtergleichstellung auswirkt. Suche nach Instrumenten mit haushaltsneutraler oder haushaltspositiver Wirkung, z.B. ‚weiße Zertifikate‘, die Einnahmen für den Staat generieren statt staatliche Ausgaben zu erhöhen.
- Anpassung von Instrumenten im Rahmen der Internalisierung von Kosten durch Umverteilung von Verantwortlichkeit an die Industrie und Bewerten externalisierter Kosten (Neufestlegung von Preisen entsprechend umfassender Nachhaltigkeitskriterien).
- Einbeziehen von Fair Trade als Voraussetzung für den Erhalt von Steuervorteilen unter Verwendung des Gender-Mainstreaming-Ansatzes.

Öffentliche Aufträge

- Definition und Stärkung der Vorbildrolle des Staates bei der ‚Neuorientierung wirtschaftlicher Tätigkeiten nach ökologischen und sozialen Kriterien‘ (Strategiepapier, S. 3).
- Artikel 26 der EU-Richtlinie 2004/18/EG verpflichtend machen – bei der Definition der sozialen Aspekte als Bedingung für die Ausführung eines Auftrags sind die Geschlechtergleichstellung und eine genderbewusste Armutsprävention zu beachten.
- Konkrete Durchsetzung und Verbreitung der Instrumente für Geschlechtergleichstellung, menschenwürdige Arbeit und Auftragsvergabe nach ökologischen Kriterien sowie von Standards für diese Instrumente.

Stärkung der VerbraucherInnen

- Stärken der Rolle der BürgerInnen als VerbraucherInnen in allen politischen Feldern, beginnend mit Frauen als Organisatorinnen und Managerinnen der privaten Haushaltsökonomie und ihrer Aktivitäten bei der Abfallvermeidung und -trennung, bei Kaufentscheidungen, bei der Energienutzung und der Weitergabe alltäglichen ‚grünen Wissens‘, um das Potenzial des Green New Deal in umfassender Weise nutzen zu können.
- Entwicklung und Stärkung einer Industriepolitik, die aus den BürgerInnen ‚grüne, mündige VerbraucherInnen‘ machen soll, beginnend mit den Betreuungs- und Erziehungspersonen in Privathaushalten, die von den Auswirkungen schädlicher Produkte und der Verschmutzung direkt betroffen sind (z.B. Betreuung von Familienmitgliedern mit Gesundheitsproblemen).
- Die VerbraucherInnen müssen zum Ausgangspunkt für Abfallwirtschaft, Produktrecycling und Energieeffizienzmaßnahmen werden. Ausgehend von einem explizit gendersensiblen Standpunkt ist die geschlechtsspezifische Aufteilung der (unbezahlten) Arbeit für Trennung, Sammlung und Entsorgung von Abfall und die Verwendung von Haushaltsgeräten zu berücksichtigen.

Literaturauswahl

Bundesministerium der Finanzen (Hg.) (2011): 23. Subventionsbericht der Bundesregierung. Bericht der Bundesregierung über die Entwicklung der Finanzhilfen des Bundes und der Steuervergünstigungen für die Jahre 2009–2012, verfügbar unter: <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/067/1706795.pdf>, abgerufen am 12.05.2012.

Kuhl, Mara (2010): Wem werden Konjunkturpakete gerecht? Eine budgetorientierte Gender-Analyse der Konjunkturpakete I und II, Reihe: „WiSo Diskurs. Expertisen und Dokumentationen zur Wirtschafts- und Sozialpolitik“, hg. v. Friedrich-Ebert-Stiftung, verfügbar unter: <http://library.fes.de/pdf-files/wiso/07230.pdf>, abgerufen am 12.05.2012.